

Nr. 229
01./02.2023

www.swing.blackblog.org

Autonomes Rhein-Main-Info Nr. 229 • Winter 2023 • kost doppelt-nix!

swing



Vorneweg

Willkommen im neuen Jahr, hoffentlich seit ihr gut reingerutscht und eure Böller sind in der Nähe der armen, armen Polizeibeamten gelandet, die doch nie, nie Anerkennung für ihre ganz, ganz tolle Arbeit bekommen und immer ganz, ganz grundlosen und ungerechtfertigten Anfeindungen ausgesetzt sind, nur weil mal wieder eine Nazi-Chat-Gruppe aufgefliegen ist, oder nach einer kleinen körperlichen Auseinandersetzungen Beweismittel unterschlagen werden, ihre Aussagen erstunken und erlogen sind...

Ansonsten hat sich auf einmal einiges seit der letzten Ausgabe getan. In Frankfurt wurde ein Haus besetzt und konnte eine Duldung bis Ende April erreichen. Wir sind sehr gespannt wie sich die verschiedenen Initiativen darin so entwickeln und

was für ein Ausgleichsobjekt es als Ersatz geben könnte! Bis ihr diese Ausgabe in den Händen haltet, steht zu befürchten das der Fechenheimer Wald und die ZAD Rheinland aka Lützerath schon geräumt sein könnten. Daher haben wir nix Hochaktuelles, aber dafür Grundsätzliches, und ein paar Aktionen, zu den Kämpfen um Klimagerechtigkeit abgedruckt. Gleichzeitig gab es auch viele Aktionen gegen die Angriffe auf Kurdistan.

Fast ein Schwerpunkt in diesem Heft sind einige eher lose Texte zu wichtigen Fragen der Linken im Umgang mit Gewalt und Übergriffen, sowie der zerstörerischen Wirkung auf betroffene Zusammenhänge und die ganze Bewegung. Die Auswahl ist uns hierbei nicht leicht gefallen. Völlig

klar, dass dies keine vollumfängliche oder fertige Sammlung sein kann, sondern schlicht einige Debattenbeiträge und Sichtweisen, die unseres Erachtens anregende Denkanstöße aufmachen. Insbesondere freuen wir uns, das passend dazu die K&P eine Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte veröffentlicht hat. Manche von uns haben tatsächlich seit 20 Jahren darauf gewartet.

Deshalb bekommt ihr heute auch die Swing mit doppelten Inhalt für halb so kostenlos. Denn alles wird teurer, nur die Swing wird mehr.

Wir sehen uns auf der Straße, in den Wäldern und in den Häusern. Eure Texte und Zusendungen bitte bis zum 15. März 2023.

Besetzen für warmes Wohnen im kalten Winter und darüber hinaus – gegen das „Quartier Hellerhöfe“

Seit dem 2.12.2022 behalten wir die Günderrödestr. 5, als Teil der Abrisspläne für das Projekt „Quartier Hellerhöfe“ besetzt. Im primären Fokus der Öffentlichkeit steht unsere Forderung nach Zwischennutzung bis zum Baubeginn. Unsere politische Kritik geht aber über den Leerstand der betroffenen knapp 60 bezugsfertigen Wohnungen hinaus. Für uns ist klar, dass das Projekt „Quartier Hellerhöfe“ Teil einer unsozialen, unökologischen und darüber hinaus unehrlichen Stadt- und Immobilienpolitik ist, die in Frankfurt Tradition hat.

Wir wollen deutlich machen: Unsere Besetzung richtet sich nicht allein gegen das „Quartier Hellerhöfe“. Für uns ist das Projekt eine weitere Kontinuität der Politik von Oben, die Verdrängung und Verarmung nicht nur toleriert, sondern fördert.

Zur Stadtpolitik

Schon vor unserer Besetzung haben sich viele Politiker*innen, vornehmlich von der SPD, den Grünen und der Linken öffentlich kritisch zum Projekt geäußert. Zu verdanken ist dies sicherlich dem unermüdlichen Kampf der ehemaligen Mieter*innen und Anwohner*innen gegen den Abriss und Neubau. Dieser dauert schon seit Jahren an, wird von den zuständigen politischen Institutionen aber kaum aufgegriffen. Denn trotz öffentlicher Kritik von Seiten der Politiker*innen, bleibt eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem geplanten Projekt, welche auch für die Bewohner*innen des Gallus zugänglich ist, aus.

Es sei angemerkt, dass Sylvia Weber (SPD) sich in der Vergangenheit durchaus für die Interessen einiger weniger ehemaliger Mieter*innen eingesetzt hat. So unterstützte sie zwei von der FAZ mit Räumungsklagen bedrohten Mietparteien beim Erhalten einer Alternativ-Wohnung. Als Vertreterin der Bürger*innen des Gallus sehen wir sie aber viel mehr in der Verantwortung, die Interessen der Investor*innen grundsätzlich hinter die der Anwohnenden zu stellen. Die Stadtentwicklung muss an die Bedürfnisse der Stadtbewohner*innen angepasst werden, nicht an den ewigen Profithunger der Bau- und Immobiliengesellschaften.

Dass die Bewohnenden des Gallusviertels gegen das Projekt „Quartier Hellerhöfe“

fe“ sind, zeigt sich nicht nur durch den deutlichen Zuspruch und die tatkräftige Unterstützung, die wir seit der Besetzung aus dem ganzen Viertel und darüber hinaus erhalten. Sondern auch, durch den uns vorrausgegangenen, jahrelangen Widerstand dieser. Bürger*innenversammlungen, oder auch nur einfache Bürger*innen-information fanden trotz dieser deutlichen Positionierung nicht statt.

Das ist ein Skandal und zeigt unmissverständlich: Die Politik hat Spielraum, um dieses Projekt den Interessen der Bewohnenden anzupassen. Sie nutzt diesen jedoch bewusst nicht.

Deswegen ist diese Besetzung notwendig! Sie ist ein weiterer Schritt im Kampf gegen die Verdrängung und Aufwertung des Gallus, sowie der gesamten Stadt Frankfurt.

Zum Bau der Grundschule

Der Bau der Grundschule, welcher unter anderem in einem Artikel der FAZ als Argument gegen unser Hausprojekt verwendet wird, ist der Kompromiss, mit dem das „Quartier Hellerhöfe“ die Zustimmung der Stadt zum Neubau erlangt hat. Volker Breid (FAZ) sagte im Gespräch mit uns selbst, dass die Integration der Grundschule im Bauprojekt nicht seinen Vorstellungen entspräche. Hierdurch wird noch einmal deutlich, dass die angepriesene Sozialverträglichkeit der Hellerhöfe hauptsächlich eine Mischung aus Vorgaben der Stadt und Werbemaßnahmen ist.

Wir sehen die Schulknappheit der Stadt, sehen dafür aber nicht die Notwendigkeit bestehenden Wohnraum abzureißen. Schul- und Wohnungsknappheit sind Folge einer Stadtpolitik, die Büroraum und hochpreisige Neubauprojekte über die Interessen des Großteils der Stadtbewohner*innen setzt. Bestes Beispiel dafür ist das unmittelbar angrenzende Europaviertel. Hier wurden massiv hochpreisige Neubauten, ähnlich dem „Quartier Hellerhöfe“, gebaut. Dabei wurden sozial notwendige, nicht gewinn-bringende Institutionen, wie z.B die jetzt fehlenden Schulen, ausgespart. Dass jetzt das nächste Neubauprojekt mit eben diesem daraus resultierenden Missstand legitimiert werden soll, ist nicht nur unsinnig, sondern geradezu zynisch.

Denn während eine starke Wohnraumkrise und Inflation herrscht, niedrigpreisige Miethäuser abzureißen, während im gleichen Viertel bspw. die ehemalige Hauptverwaltung der Deutschen Bahn AG

mit einer Mietfläche von mehr als 45.000 m² ungenutzt leersteht, zeigt, dass die Krise auf dem Rücken der Bewohnenden ausgetragen wird.

Statt Wohnungsnot und Schulnot gemeinsam zu denken, werden sie gegeneinander ausgespielt. Echte Sozialgerechtigkeit bedeutet Schulen und Wohnraum für alle und dementsprechend eine vorausschauende Stadtplanung mit Einbezug der Öffentlichkeit.

Zur Klimagerechtigkeit

Das Projekt „Quartier Hellerhöfe“ soll laut eigener Aussage die Biodiversität und das Mikroklima der Stadt verbessern, sowie Klima- und Umweltschutz implementieren.

Die wenigen eingeplanten „Grünräume“, sowie umgrenzten Grasflächen können die notwendige massive Versiegelung wohl kaum ausgleichen. Hinzu kommt, dass bestehende Häuser abzureißen, um Neubauten errichten zu können, nicht besonders umweltfreundlich ist. Auch dieses Projekt argumentiert damit, dass Neubauten energieeffizienter seien und somit zu einem, hochgerechnet, niedrigeren CO₂Ausstoß durch Energieträger führen.

Dabei ist der Ressourcen- und Energieverbrauch durch Abriss und Neubau – wenn man die graue Energie (jene die zum Bau der Gebäude und der Aufbereitung der Ressourcen benötigt wird) berücksichtigt – sehr viel höher, als jener der beispielsweise für die Entkernung und den Umbau eines Gebäudes benötigt wird.

Politik, sowie Konzerne berrücksichtigen inzwischen, dass Menschen die Bedeutung



von Klimagerechtigkeit verstanden haben und ein Umdenken der Normalwirtschaft fordern.

Deswegen sind Wahlkämpfe und Werbungen voll von, meist leeren, in der Zukunft angeblich erfüllten, Versprechungen. Das sehen wir bei allen international abgeschlossenen Klimaschutzabkommen und jedem erdenklichen kommerziell interessanten Bauvorhaben.

Klimagerechtigkeit können Konzerne durch den Profit-Zwang überhaupt nicht berücksichtigen. Denn dies würde die Baukosten massiv in die Höhe treiben und viele profitversprechende Bauprojekte verunmöglichen.

Die Klimakrise findet nicht in 10 Jahren, sondern schon heute und gestern statt. Wir müssen aufhören CO² Belastung als ein in der Zukunft zu lösendes Problem zu sehen und

uns hier und jetzt bemühen den CO²-Ausstoß so stark wie möglich zu reduzieren.

Zudem muss sich, verstärkt durch die Ressourcenknappheit, die besonders die Immobilienbranche trifft, bei jeder Wahlmöglichkeit zwischen Neubau und Sanierung bzw. Umbau für den Umbau der Gebäude entschieden werden.

Dass sich insbesondere Teile der Grünen Partei für das Projekt „Quartier Hellerhöfe“ aussprechen zeigt uns, dass sich entweder zu wenig mit dem Thema auseinandergesetzt, oder bewusst dem Willen der Geldgeber*innen unterworfen wurde.

Zur „Sozialverträglichkeit“

Das „Quartier Hellerhöfe“ wird immer wieder damit beworben, dass es „sozialverträglich“ wäre. Dies meint soviel wie sich nicht negativ auf die Anwohnenden auswirkend. Eine Diskussion über diesen Begriff möchten wir an dieser Stelle aussparen.

Es sei aber angemerkt, dass diese „Zielsetzung“ auf dem aktuellen Wohnungsmarkt Frankfurts völlig fehl am Platz ist. Aktuell hat Frankfurt die dritthöchsten Mieten Deutschlands. Schätzungen zu Folge leben 450 Menschen ohne Obdach. Alleine 60 Menschen leben dauerhaft auf dem Gelände des Flughafens. Eine Wohnungspolitik, die diese Zustände tagtäglich vor Augen hat und dann Millionenprojekte billigt die eine Verbesserung dieser Verhältnisse nicht einmal in Eigenwerbung in Aussicht stellt braucht ein Korrektiv.

Zu allem Überdross, wird jedoch selbst diese gänzlich ambitionslose Zielsetzung nicht erreicht. Natürlich wird das Neubauprojekt negative Auswirkungen auf die Bewohner*innen des Gallus haben. Schon jetzt betroffen sind alle Menschen,

die durch Räumungsklagen und anderen Schikanen aus ihren Wohnungen an den Stadtrand vertrieben wurden. In Zukunft werden durch die neuen hochpreisigen Wohnungen, verstärkt durch die Funktion des Mietspiegels, auch die Mietpreise der umliegenden Wohnungen steigen. Dies trägt weiter dazu bei, dass immer mehr Menschen vertrieben werden und sich die Sozialstruktur des Gallus insgesamt wandelt. Inwiefern das, und generell abgeschlossene Wohneinheiten, die mit kurzen Wegen zu Schulen, Gastronomie, Arbeitsstellen und Supermärkten werben, zu einem „verbesserten sozialen Zusammenhalt innerhalb des Quartiers“ führen sollen bleibt uns schleierhaft. Ein „hochwertiges Dienstleistungsgewerbeviertel“ am Standort einer Arbeiter*innensiedlung zu schaffen bedeutet ganz offensive Verdrängung.

Wie soll ein Projekt, für welches Anwohner*innen des Gallus, die teilweise fast ein halbes Jahrhundert dort gelebt haben, vertrieben wurden, in irgendeiner Weise förderlich für das Sozialgefüge des Quartiers sein?

Doch nicht nur die Werbemaschinerie der Projektentwickler*innen und Geldgeber*innen verzerrt die Realität bis zur Unkenntlichkeit.

Auch die Versprechungen der Stadt sind an Scheinheiligkeit nicht zu überbieten. So wirbt die Stadt damit, dass 30% des Wohnraumes öffentlich gefördert sein solle. Ohne tiefere Auseinandersetzung soll dies zunächst beschwichtigend wirken. Bei genauerem nachlesen wird dann jedoch deutlich, nur die Hälfte davon sind überhaupt als Sozialwohnungen geplant. Bei den anderen handelt es sich um Wohnungen des zweiten Förderwegs – Förderungen für Menschen ab mittleren Einkommen. Für einen großen Teil der Frankfurter Bevölkerung bleiben die Wohnungen damit unerschwinglich.

Desweiteren fallen städtisch geförderte Wohnungen meist nach 12-20 Jahren aus der Preis und Belegungsbindung – verlieren folglich ihren Status als Sozialwohnungen. Ganz abgesehen davon, wurde die Zielvorgabe von 30% gefördertem Wohnraum die für jedes Neubauprojekt der öffentlichen Hand gilt, seit 2014 in keinem Fall erreicht.

Das Gebiet um die Galluswarte wird jetzt schon im Namen der „Aufwertung“ zu einem unmenschlichem Lebensraum, zB durch die Bänke an der S-Bahnstation, die liegen und schlafen unmöglich machen, um obdachlose Personen zu vertreiben.

Zur Krise

Aktuell stehen wir in Deutschland vor

mehreren Krisen gleichzeitig. Während immer weiter Menschen vom Coronavirus bedroht sind, liegt die Inflation inzwischen bei über 10 Prozent. Gleichzeitig treibt, unter Anderem der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, die Energiepreise in die Höhe und erschwert zudem den Weizen-Export aus der Ukraine. Besonders spürbar sind aber die Lebensmittelpreise und Nebenkosten gestiegen. Während die Bundesregierung Spartipps gibt, verarmen, verhungern und erfrieren Menschen mit mittlerem und niedrigem Einkommen. Wärme und Nahrung sind Grundbedürfnisse und nicht verhandelbar. Menschen müssen dementsprechend weiter heizen, überteuerte Lebensmittel im Supermarkt kaufen, oder auf die wenigen solidarischen Gemeinschaftsküchen oder Tafeln, die bei weitem nicht den Bedarf aller decken können, zurückgreifen.

Dies führt dazu, dass sich immer mehr Menschen verschulden müssen und in Mietrückstand geraten. Folge dessen sind in letzter Konsequenz Räumungsklagen, Zwangsräumungen und dem sich anschließend, Verdrängung und Wohnungslosigkeit. Auch ohne diese Krisen findet in Frankfurt mehr als eine Zwangsräumung pro Tag statt.

Dies ist eine direkte Folge der herrschenden Verhältnisse.

Während all diese Missstände herrschen, von denen besonders Menschen mit mittleren, niedrigen, oder keinem Einkommen betroffen sind, wurden aus den mittlerweile leerstehenden Wohnungen Menschen durch die FAZ mit Räumungsklagen versehen, oder anderweitig aus ihren Wohnungen geekelt.

Das ganze während eines Winters in welchem sich viele Menschen fragen müssen, wieviel sie heizen können, ohne eine unbezahlbare Nebenkostenabrechnung zu erhalten und Wohnungslose wie jedes Jahr auf der Straße erfrieren.

Die Reaktion auf die Geflüchteten aus dem Ukrainekrieg hat gezeigt, dass es möglich ist Hotels und leerstehende Wohnungen einfach und unkompliziert aufzumachen. Jedoch stellen wir uns klar gegen eine Selektion, wer von diesem Angebot profitieren kann und wer nicht. Wir wollen dass alle Menschen die in Not sind eine Wohnung bekommen und nicht nur durch den Winter sondern auf lange Zeit. In der Günderroderstraße 5 haben zuvor jahrelang auch Geflüchtete und migrantische Familien gelebt, aber sie werden von einem Ort zum nächsten geschoben, da es nur Notunterkünfte sind. Einge der ehemaligen Bewohner*innen suchen immernoch nach einer neuen Wohnung,

andere mussten sich als Familie aufteilen. Menschen werden mit einer Selbstverständlichkeit aus ihren Umfeldern gerissen. Diese Art von Zwischennutzung ist generell nichts Anstrebens- oder gar Lobenswertes, und soll keine billige Lösung für Immobilienbesitzer*innen sein, sondern ein Mittel in der tatsächlichen Not. Die FAZ hat jahrelang Gelder von der Stadt bekommen um Menschen (über den evangelischen Verein für Wohnungslosenhilfe und die KEG) unterzubringen, anstatt schon viel länger leer stehen zu lassen – nur um dann kurz vor dem Winter alle rauszuschmeißen und immernoch nicht tatsächlich abzureißen.

Ganz abgesehen davon fallen viele wohnungslose Personen durch das Netz von Sozialamt und Co., zB. Menschen ohne Aufenthaltsstatus und Personen, die sich bestimmten Eingliederungsmaßnahmen nicht unterordnen wollen oder können.

Zu uns

Wir sind ein loser Zusammenschluss von Menschen allen Alters. Wir sind Studierende und Auszubildende, Schüler*innen, Arbeits- und Wohnungslose. Wir sind Menschen die sich ihre Miete kaum leisten können und monate- bis jahrelang nach einem bezahlbaren WG-Zimmer suchen, weil eine eigene Wohnung unvorstellbar ist.

Wir sind, wie alle Menschen in Frankfurt, Betroffene von dieser unsozialen, profitorientierten und unökologischen Immobilienpolitik. Das „Quartier Hellerhöfe“ ist für uns eine weitere Kontinuität dieser Ungerechtigkeit, die wir nicht weiter zu ertragen bereit sind. Dieses Projekt zeigt so offensichtlich, was die Ursachen für die Wohnungsnot in Frankfurt sind und welche Akteure diese Missstände tatkräftig unterstützen. Durch das „Quartier Hellerhöfe“ wird deutlich welche Folgen kurzsichtige Stadtplanung hat. Was passiert, wenn profitorientierten Immobilienkonzernen hofiert wird statt ihnen Einhalt zu gebieten. Wie unehrlich Werbung und Berichterstattung von Stadt und Konzernen sein kann und wie Verträge zwischen diesen verschleiert bleiben sollen. Das Projekt zeigt, an wen in Frankfurt gedacht und nicht gedacht wird. Ein „zukunfts-fähiges“ Frankfurt bedeutet für Stadt und Immobilienkonzerne wohl eine vollends versiegelte, einbetonierte, gänzlich kommerzialisierte Stadt der Reichen in der kein Raum für Begegnung außerhalb der Arbeitsstelle oder völlig überteuerter Cafés ist. Für uns ist klar, das kann und darf nicht die Zukunft Frankfurts sein. Sterile, leblose Neubaugroßprojekte, wie das Europaviertel, die Menschen ohne hohes

Einkommen systematisch ausgrenzen, dürfen kein Vorbild für zukunftsfähiges Bauen sein.

Zusammen mit der AdA Kantine und dem Project Shelter werden wir das Haus nun sowohl zu einem gemeinschaftlichen Wohnraum als auch zu einem Ort des Zusammenkommens umgestalten, wo wir Menschen zum einen Rückzugsorte und Schutz vor der Winterkälte als auch Einbindung in ein soziales Miteinander bieten, sodass die Günderroderstraße mehr wird als nur reiner Wohnraum. Uns ist klar: Wir können, wollen und werden die Profite der Konzerne nicht weiter tragen.

Wir wollen überregionale Solidarität für alle Menschen, die hier her kommen, nicht nur Geflüchtete aus europäischen Ländern, sondern von überall.

Außerdem wollen wir, dass Menschen selbst über ihre Leben bestimmen können. Wohnen soll eine gemeinschaftliche Angelegenheit sein, darum dürfen die knappen Ressourcen nicht in sterile Neubauten für die Reichen fließen.

Wir wollen, dass die jetzigen Bewohner*innen dieser Stadt bei ihrer Gestaltung mitbestimmen können. Wir wollen, dass endlich menschliche Bedürfnisse vor Profitdenken stehen.

Wir fordern, dass der Mietentscheid, für den sich die Bevölkerung Frankfurts klar ausgesprochen hat, endlich umgesetzt wird.

Allen Menschen steht Lebensraum zu, der sie schützt, den sie selbst formen und beleben können.

Die Verhandlungen

Die Verhandlungen mit der FAZ und der KEG haben ergeben, dass wir bis Beginn der Baumaßnahmen (d.h. Ende April) im Haus bleiben und es für die Unterbringung bedürftiger Menschen sowie als Ort des Zusammenkommens nutzen können.

Wir haben in den Verhandlungen auch über die Nutzung der drei anderen Häuser, die abgerissen werden sollen, von welchen zwei jetzt schon und eines ab Ende Januar leer steht, gesprochen und gefordert, diese auch nutzen zu können. Denn klar ist: Der Bedarf ist vorhanden und zeigt sich besonders tragisch im Fall der Person die hier im Gallus auf dem Parkplatz vor dem Penny Supermarkt letzte Woche (sehr wahrscheinlich durch die Kälte) zu Tode gekommen ist.

Die FAZ, welche der Eigentümer dieser Häuser ist, ließ jedoch nicht mit sich reden. Sie seien der Meinung, ihr Soll an sozialen Bemühung getan zu haben, indem sie das Haus über die letzten 10 Jahre der

KEG und damit dem Evangelischen Verein für Wohnraumhilfe zu Verfügung gestellt haben.

Also im Endeffekt einfach etwas weniger Miete eingestrichen und sich danach nicht mehr darum gekümmert haben. Den von den teilweise sehr fragwürdigen Praktiken des Evangelischen Vereins, über welche auch schon in dem Medien berichtet wurde, distanziert man sich wieder, denn man habe damit ja nichts zu tun.

Dass die Wohnungen nicht nutzbar seien, läge unter anderem daran dass die Heizungen und Wasser Anschlüsse sowie Strom nicht mehr nutzbar seien. Wir fragen uns wie das kommt, es werden wohl kaum die Bewohner*innen des Hauses das Haus danach unbewohnbar gemacht haben. Dies ist jedoch eine gängige Praxis von Hauseigentümer*innen um zu verhindern, dass die leerstehenden Häuser von denen, die sie brauchen angeeignet und belebt werden.

Von eben solchen profitorientierten Investor*innen möchte sich die FAZ aber klar distanzieren. Diese wären ja alle noch viel schlimmer und es solle doch bitte gesehen werden wie human die FAZ vorgehe.

Für uns steht fest: Die anderen Häuser nicht zur Nutzung freizugeben ist eine politisch motivierte Entscheidung. Es wäre ein leichtes das direkt an die Günderroderstraße 5 angrenzende Haus für uns zur Verfügung zu stellen- gesetzt den Fall die FAZ hätte nicht die zum darin Leben nötige Infrastruktur absichtlich zerstört. In Anbetracht des Menschen der letzte Woche mutmaßlich den Kältetod starb, erscheint diese Praxis geradezu aberwitzig und die Tatsache, dass wir den Vertrag für ein Haus allein unterschreiben und ab Januar vermutlich Menschen abweisen müssen, während das Nachbarhaus leersteht – geradezu zynisch.

Ja wenn man doch nur was machen könnte...

Doch anstatt uns die Möglichkeit zu geben noch mehr Menschen in diesem kalten Winter einen warmen Rückzugsort zu geben werden die Häuser lieber bis zum Baubeginn im Frühling 2023 leer stehen gelassen.

Abschließend lässt sich sagen, dass unsere Kritik nicht nur der FAZ gilt. Sie gilt all Jenen, die Leerstand verwalten, mit Wohnraum spekulieren und Menschen für Profite auf die Straße setzten. Und sie gilt vor allem auch der Stadt, welche dies wesentlich geschehen lässt und aktiv fördert.

Fossilen Kapitalismus angreifen – Lützerath verteidigen!

Seit über 2 Jahren wird Lützerath, ein Dorf an der Kante des rheinischen Braunkohlerevier, verteidigt. Nun soll es geräumt werden, um die Ausweitung der größten Kohlegrube Europas durchzusetzen. Die jahrzehntelangen Ermahnungen von Aktivist:innen und Wissenschaftler:innen werden unabhängig vom Parteibuch im Interesse des Profits fossiler Unternehmen übergangen. Während das ohnehin unzureichende 1,5 Grad Ziel damit für Deutschland nicht mehr zu erreichen wäre, leitet der Staat nicht etwa klimapolitische Maßnahmen ein, sondern kriminalisiert insbesondere jugendliche Klimaaktivist:innen, mobilisiert unter Führung der Grünen ein nie dagewesenes Polizeiaufgebot und nennt es auch noch „wehrhafte Demokratie“. Das Ende der Illusion so Mancher. Die Gewalt dieser Ignoranz liegt in der Herrschaft über die Zeit. Von Lebenszeit. Während sich die herrschende Klasse verweigert von der drohenden Verwüstung des Planeten abzulassen, wird sie nicht nur kommenden Generationen, sondern Millionen von Menschen gestohlen, die bereits seit Jahren den Folgen von Klima-

katastrophen ausgesetzt sind. Lützerath ist ein Symbol und zugleich realpolitischer Austragungsort für die Einhaltung der 1,5-Grad-Grenze.

Wir werden deswegen um Lützerath kämpfen!

Lützerath verteidigen heißt für uns aber nicht nur die noch verbliebenen Häuser zu sichern, es heißt faktisch die Kohlegrube Garzweiler II zu schließen und für die Möglichkeit einer Zukunft für alle zu kämpfen. Alle Dörfer bleiben – weltweit! Denn um der Klimakrise etwas entgegen zu setzen, muss sich alles ändern: Nicht nur die ungerechte Verteilung und der kolonialistische Zugriff auf Ressourcen, sondern die Vorrangstellung von Wachstum und Produktion. Mit kapitalistischer Ausbeutung und Zerstörung kann es keinen Frieden geben.

Für diese Auseinandersetzung ist Lützerath nicht der letzte, aber der nächste Kristallisationspunkt. Es geht um was. Lasst uns gemeinsam kämpfen – uns RWE und den Vollstreckungsgehilfen Hand

in Hand in den Weg stellen. Wir werden in und außerhalb von Lützerath auf den Straßen sein. Vor, am und nach der Großdemonstration am 14.1. Wir werden mit den Vielen vor Ort keinen Zentimeter weichen. Wir werden uns daran beteiligen Zufahrten zu blockieren, Nachschub zu behindern, Verkehrsknotenpunkte zu besetzen. Der Verbleib von Lützerath ist und bleibt unbezahlbar! Kommt mit uns ins Rheinland. Jetzt oder nie.

Interventionistische Linke Darmstadt, Januar 2023



Deutschland vs. die Letzte Generation

which side are we on, comrades?

Zur Debatte um die Aktionsformen der Letzten Generation und der Wirkungsmächtigkeit der Klimagerechtigkeitsbewegung haben wir einen Debattenbeitrag von Tadzio Müller geklaut.

Liebe Leute,
Deutschland hat fertig.
Ja, wohl auch ein Bisschen mit den Reichsbürger*innen, weil einige von denen einen faschistischen Umsturz samt militärischem Sturm auf den Bundestag und Exekutionen von auf „Feindeslisten“ gesammelten Gegner*innen geplant hatten. Aber vor allem mit der radikalen Klimabewegung, sprich, mit der Letzten Generation, derzeit der einzig erweiterte handlungsfähige Akteur der Bewegung. Denn die nervt, und zwar so richtig hart, weil sie nicht nur den Alltag unserer „Externalisierungsgesellschaft“ stört, sie erinnert uns auch daran, dass wir – massive Transformationsüberlastung durch Corona, Krieg und Energiekrise hin oder her – jetzt nochmal ran müssen, jetzt wirklich unseren gesamten Produktions- und Konsumalltag verändern müssen. Das können, das wollen wir nicht, deswegen nerven Akteure, die uns daran

erinnern, denn die machen, dass wir uns schuldig fühlen, gar, dass wir uns schämen. Und das will niemand, also muss das weg. Aus dem Auge, aus dem Sinn, aus dem Gewissen.

Wem das am 31.10. noch nicht klar war, dem Tag, an dem eine Fahrradfahrerin von einem Lastwagen überfahren wurde, und am Ende die Letzte Generation zur Hauptbeschuldigten in einem diskursiv zum Mordfall aufgebauchten öffentlichen Schauprozess wurde, dem muss das spätestens seit Dienstag, 13.12.22, um 6 Uhr morgens klar sein. Über 11 Wohnungen, in denen sich Aktivist*innen der Letzten Generation aufhalten, werden von der Polizei durchsucht, Laptops und Handys werden mitgenommen. Der Vorwurf: Bildung einer kriminellen Vereinigung, nicht wegen der allgegenwärtigen Autobahnblockaden, sondern wegen der Aktionen der Gruppe gegen die Ö raffinerie Schwedt, bei der Aktivist*innen der Klimagruppe seit April wiederholt Zuleitungen und Schieber am Zuliefernetz für die Raffinerie zuge dreht hatten. Das ist insofern relevant, als es zeigt, dass Angriffe auf „kritische Infrastruktur“ vom Staat anders beantwortet

werden, als diejenigen Blockaden, die vor allem „Normalbürger*innen“ nerven – die unmittelbaren Interessen von Staat und Mehrheitsgesellschaft sind hier nicht identisch – aber sie treffen sich im gemeinsamen Feind: der Letzten Generation. Mit Mitteln aus der Zeit der Sozialistengesetze (der entsprechende Paragraph, 129 StGB, wurde 1871 eingeführt, und damals auch gegen politisch unliebsame Sozialdemokrat*innen eingesetzt), die die reine Mitgliedschaft in einer Organisation zu einer Straftat machen würden, soll hier der „selbst-ernannten Letzten Generation“ (h/t Constantin Schreiber in der Tagesschau) endlich ein Riegel vorgeschoben, soll eine Linie in den Sand gezogen werden: „bis hierher, Ihr kriminellen Klima-Kleber, und nicht weiter.“ Die von mir letztes Jahr im berühmten „grüne RAF“-Interview, hier ohne Paywall zugänglich vorhergesagte „Moralpanik“ oder auch induzierte Massenparanoia gegenüber einer ungehorsamen, einer störenden Klimabewegung ist längst hier, wenn politische Akteure aus der „Mitte der Gesellschaft“ die Reichsbürger und die Letzte Generation in eins setzen (Stichwort Hufeisen), oder gar, wie

Friedrich Merz, schärferes Vorgehen gegen die „Klima-Kleber“ fordert, als gegen die faschistischen Putschist*innen.

Die LG, deren strategischer Weitblick und taktischer Mut ihr zunehmend Bewunderung (wenngleich nicht unbedingt Zustimmung) in der „Klima Bubble“ verschaffen, geht nun davon aus, dass diese anlaufende Repressionswelle – die nicht auf Razzien beschränkt ist: Bayern und NRW haben schon erheblich verschärfte Polizeiaufgabengesetze am Start, die z.B. in Bayern 30 Tage Vorbeugungshaft möglich machen; in Frankfurt/Main und München wurden Hörsaalbesetzungen von EndFossil: Occupy gewalttätig geräumt – zu einer zunehmenden Solidarisierung der Mehrheitsgesellschaft mit der Klimabewegung, mit den „Klima-Klebern“ führen wird. Diese Annahme ist nicht aus der Luft gegriffen, sowohl die indische Unabhängigkeits- als auch die US-amerikanische Bürgerrechtsbewegung vertrauten auf die heilsame Kraft staatlicher Repression (heilsam im Sinne von: zeigen, wie scheiße der Staat im Zweifelsfall ist). Indizien dafür gibt es durchaus, z.B. wurden in Bayern mehrere der in Vorbeugehaft sitzenden LG-Aktivist*innen nach einem für bayerische Verhältnisse sehr breiten öffentlichen Aufschrei von einem Gericht vor Ablauf der 30 möglichen Hafttage freigelassen, und der Zustrom zu LG-Aktionen wirkt nicht nur ungebrochen, er steigt an.

Was aber, wenn der repressive Staat hier ganz im Sinne der deutlichen Mehrheit seiner Bürger*innen handelt? Die Eskalation der gewalttätigen Reaktionen von Autofahrer*innen auf die friedlichen Blockaden der Letzten Generation deuten hier in die selbe Richtung wie die immer wieder eine

starke, sich verhärtende Ablehnung gegenüber den Klimaaktivist*innen dokumentierenden Umfragen: der Geduldsfaden einer Verdrängungsgesellschaft, die sich zwar gerne eingeredet hat, Klimachampion zu sein, die aber tatsächlich Braunkohle- und betrügerische-fossile-Autos-Weltmeister ist, ist gerissen. Eine Klimabewegung, die immer mehr stört, die vielleicht gelegentlich auch Dinge kaputt macht (vgl. dieses inspirierende Video aus Marseille), und von einer völlig transformationsgetressten Gesellschaft jetzt die große, die wirklich fundamentale Transformation verlangt, die darf es nicht geben.

Gegen unsere Bewegung läuft gerade ein Angriff, dessen Ziel es ist, uns handlungsunfähig zu machen. Deutschland hat fertig mit Klima, und zwar auf lange Sicht. Die offene Frage ist: wie reagiert die Klimabewegung? Natürlich haben sich Akteure, die eher aus der „radikalen Linken“ kommen, sofort mit der LG solidarisiert, die mit 150 Teilnehmenden ziemlich winzige „1312“-Demo (1312 = ACAB), die kurzerhand zu einer LG-Soli-Veranstaltung umfunktioniert wurde, schaffte es sogar in die Tagesschau. Aber am Tag der Razzia blieb es auf den Twitter-Accounts von BUND, DNR und Deutsche Umwelthilfe überraschend still, von den großen deutschen Öko-NGOs schaffte nur Greenpeace DE einen kleinen Soli-Tweet. Woher diese unübliche Stille, die fast schon dem Schweigen der deutschen Rechten angesichts des Reichsbürger-Komplots ähnelte? Das Verhalten dieser Umweltverbände, dieser arrivierten NGOs basiert auf intern zirkulierenden Umfragen, die eben gerade das Verhärten mehrheitsdeutscher Ablehnung der Aktionen der LG doku-

mentieren, und da diese Verbände es sich mit Deutschland nicht verschmerzen wollen (obwohl, zugegebenermaßen gilt das sonst für die DUH eher nicht, die hat sich schon den Hass Deutschlands in der Autofrage zugezogen), gibt's dann halt auch keinen Support für die LG, egal, wie sehr diese 2022 den gesamten Klima-Karren gezogen hat.

Wir müssen der LG nicht in allem zustimmen, wir können sowohl Strategie als auch Taktik der Gruppe gerne kritisch diskutieren. Aber einen Akteur, der für uns alle (nicht nur die Bewegung) gerade die Drecksarbeit macht, eine immer stärker und effektiver verdrängende Gesellschaft immer wieder auf die eigene Scheiße hinzuweisen, der jetzt Ziel einer völlig disproportionalen Gegenoffensive von Staat und Gesellschaft ist, jetzt einfach der Repression zu überlassen, ist nicht nur feige und unsolidarisch, es ist auch strategisch unklug: wenn die radikalen Ränder einer Bewegung unterdrückt werden, hilft das traditionell auch den moderaten Kräften nicht. Im Gegenteil, es schränkt weiter den Raum des Mach- und Sagbaren für alle ein.

Es gilt die Maxime „mitgegangen, mitgefangen“, und wenn wir die LG öffentlich hängen lassen, werden wir irgendwann alle gefangen sein in den gefährlichen Spielen der Verdrängungsgesellschaft. #WirSindAlleDieLetzteGeneration. Let's behave accordingly. Passt auf Euch auf, und auf die Genoss*innen der Letzten Generation.

Euer Tadzio

Ihr könnt Tadzios Newsletter abonnieren und ihn mit Spenden unterstützen: <https://steadyhq.com/de/friedlichesabotage/>

Fraport-Irrsinn³

Zur Inbetriebnahme des Terminal 3 am Frankfurter Flughafen während der Klimakatastrophe hat das Bündnis der Bürgerinitiativen eine Presseerklärung veröffentlicht:

Schließung von Terminal 2? Terminal 2 und Terminal 3 sind überflüssig!

Fraport hat angekündigt Terminal 2 zu schließen, vorübergehend, aber vermutlich endgültig.

Dies ist ein Offenbarungseid. Ein Offenbarungseid, dass für die Abwicklung des Flugverkehrs keine drei Terminals notwendig sind. Schon gar nicht, wenn die Flugbewegungen auf ein halbwegs erträgliches Maß heruntergefahren werden. Also der

Flughafen keine Zwischenlandungsfunktion mehr hat, es keine Kurzstreckenflüge von und nach Frankfurt mehr gibt und der Flughafen insgesamt auf die unmittelbaren Bedürfnisse des Reise- und Geschäftsverkehrs der Region zugeschnitten wird. Das dies passieren muss und wird ist allein aus Gesundheits- und Klimaschutzgründen unabdingbar! Damit sich das Terminal 3 nicht gänzlich als ein durch Steuerzahler*innen finanziertes Milliardengrab enttarnt, wird es stur weitergebaut und soll mit verlagerndem Flugverkehr von Terminal 1 und 2 „bespielt“ werden. Dies wird weitere immense Kosten verursachen, auch wenn ein ausgebautes Terminal 3 niemals wie geplant genutzt werden wird. Es ist der Wahnsinn unseres Wirtschafts-

systems, dass das, was einmal geplant, auf Teufel komm raus weiterverfolgt wird, auch wenn jede Vernunft dagegen spricht. Es geht schließlich um viel Geld, das investiert wurde und sich profitabel verwerten soll – Und sei es nur durch Abschreibungen. Dieser Irrsinn muss aufhören!

Wir brauchen weder Terminal 3 noch Ter-



minal 2! Sofortiger Baustopp am Terminal 3! Reduzierung der Flugbewegungen auf ein für Gesundheit und Klima erträgliches Maß!

Bündnis der Bürgerinitiativen – Kein Flughafenausbau!

Hintergrund ist folgende Analyse:

Neue Ausbau-Variante: Terminal 3 ersetzt (vorübergehend?) Terminal 2

Eine eigene Pressemeldung war es der Fraport nicht wert, aber im Rahmen der Präsentation der Fraport-Quartalsmitteilung Q3/9M 2022 gab es in der Roadshow für Investoren einen kurzen Hinweis im „Outlook“ (Folie 82): „Temporary Closure of FRA T2“ („Vorübergehende Schliessung von FRA T2“).

Das Fachblatt *aero.de* berichtet am 14.11. unter der Überschrift *Das T2 hat 2026 vorerst ausgedient* über die Aussagen von Fraports oberstem Finanzmenschen, CFO Prof. Zieschang, dazu: „Fraport will das Terminal 2 laut Zieschang als „Backup-Terminal“ erhalten, vorerst aber nicht modernisieren. ... „Da ist die nächsten Jahre nichts geplant“, dementierte Zieschang. „Wir haben es, wie es ist und nur auf sehr lange Sicht könnte es sein, dass wir Geld (ins T2, Red.) investieren.“ Einen Tag später ist das aber schon nicht mehr wahr, und *aero.de* berichtet, was auch die *Frankfurter Rundschau* schon am 15.11. mitzuteilen hatte, aber am 18.11. auch noch mal korrigiert hat: *Das T2 geht 2026 vorerst vom Netz.*

Die Fraport-Offizielle Aussage ist nun: „Wir werden die zusätzliche Kapazität mit der Inbetriebnahme vom Terminal 3 nutzen, um ab 2026 eine umfassende technische Modernisierung von Terminal 2 durchzuführen“. Dazu werde nach der letzten Rundschau-Version „die Passagierabfertigung ab 2026 für zwei bis drei Jahre geschlossen, während Tiefgarage, Sky Line-Bahn und Gepäckanlage weiterlaufen sollen. Auch die Flugzeugparkplätze am Terminal 2 sollen weiter genutzt werden“, aber „die bislang im Terminal 2 beheimateten Airlines müssten im Laufe des Jahres 2026 in die neuen Gebäude im Süden des Flughafens in Frankfurt umziehen. Nach Abschluss der Arbeiten soll das Terminal 2 aber ... vollständig ans Netz genommen werden“.

Andere Blätter wie z.B. der *aerotelegraph* haben das wieder etwas anders verstanden, sprechen weiter vom „Reserve-Terminal“ und zitieren Fraport so: „Mindestens drei Jahre lang wird aber das Gebäude nicht mehr in Betrieb sein. ... In den kommenden Jahren werde man nicht mehr zusätzlich in das Gebäude investieren, ... aber ... ab 2026 eine umfassende techni-

sche Modernisierung vornehmen“
Wie ist dieses Informationschaos zu bewerten? Haben die bei der Präsentation anwesenden Reporter einfach nicht genau hingehört, oder hat Herr Zieschang, ganz Finanzmensch, bei der Pressekonferenz wirtschaftlich Klartext geredet und musste sich anschliessend von Schulte & Co. wieder kommunikations-strategisch einnorden lassen?

Der BUND Hessen hat jedenfalls den ersten Aero-Bericht zum Anlass für einen Kommentar genommen, in dem es heisst: „Einmal mehr zeigt sich, dass der Ausbau des Frankfurter Flughafens eine riesige Fehlplanung darstellt. Der Flughafen benötigt keine drei Terminals. Die Schließung von Terminal 2 bei Eröffnung des Terminals 3 belegt, dass die Ausbaukapazität auf Kosten des Bannwalds völlig überschätzt wurde. In Folge des Klimawandels ist Wachstumsglaube für die Luftfahrt nicht mehr zeitgemäß. Es ist vorhersehbar, dass Terminal 2 nie mehr geöffnet wird“.

Wenn man spekulieren möchte, was Fraport tatsächlich vorhat, lohnt erstmal ein Blick auf die bekannten Fakten, zunächst über Terminal 2.

Der 1994 eröffnete Glaspalast prägt zwar das Erscheinungsbild des Flughafens von aussen, ist aber insgesamt von geringerer Bedeutung. Vor dem Pandemie-Einbruch wurden nur rund 20% des Betriebs darüber abgewickelt, während der Pandemie wurde es komplett dichtgemacht. Es gilt als architektonisch bedeutsam, aber betrieblich in vielerlei Hinsicht ineffizient und wurde in den 28 Jahren seines Bestehens relativ wenig modernisiert. 2019 hat sich Fraport eine Machbarkeitsstudie für die weitere Nutzung von T2 erstellen lassen, aber was da drin steht, ist nicht bekannt. Die Absicht, es für eine grundlegende Modernisierung zu schliessen, solange

der Betrieb noch hochläuft und genügend andere Kapazitäten vorhanden sind, klingt aber zunächst durchaus plausibel.

Auf der anderen Seite soll Terminal 3 schon bei Eröffnung deutlich mehr Kapazität bieten, als Terminal 2 je haben könnte, und das auf aktuellem technischen Stand. Ausserdem ist eine Erweiterung um einen vierten ‚Finger‘ in der Planung ja schon vorgesehen, und damit würde die Kapazität gegenüber Terminal 2 fast verdoppelt. Derzeit redet Fraport zwar von diesem letzten Ausbau-Schritt nicht mehr und gibt die T3-Kapazität mit 19 statt mit 25 Millionen Passagieren im Jahr an, aber völlig vom Tisch sind die Planungen deshalb natürlich nicht. Damit bieten sich unterschiedliche Optionen, über die heute noch nicht entschieden werden muss.

Primäres Interesse von Fraport ist natürlich, Terminal 3 schon bei Inbetriebnahme möglichst gut auszulasten, allein schon deshalb, damit der dort optimal platzierte ‚Retail-Sektor‘, also die schönen neuen Glitzer-Shops, die erwarteten Gewinne abwerfen. Das geht am einfachsten, wenn man von vorneherein festlegt, dass eine bestimmte Zahl von Airlines dahin umziehen muss, und das wird mit der Schliessung von Terminal 2 sicher erreicht.

Vor allem aber sprechen flugbetriebliche Interessen dafür, Terminal 3 möglichst schnell hochzufahren. Man muss wohl davon ausgehen, dass Fraport nach wie vor kapazitätssteigernde neue Betriebskonzepte anstrebt ähnlich dem, dessen Probebetrieb vor zwei Jahren zunächst gescheitert ist. Dieses Konzept sah vor, dass beide Parallelbahnen gleichermaßen für Starts und Landungen genutzt werden können und startende Maschinen ohne besondere Sicherheitsabstände auf beiden Bahnen zwischen die landenden Maschinen ‚eingeschleust‘ werden können.

So etwas funktioniert natürlich am Besten,



wenn die Maschinen auf der Südbahn möglichst ohne Kreuzungsverkehr und lange Wege zur Rollbahn und davon weg kommen, d.h. im Süden ausreichende Terminal-Kapazitäten vorhanden sind und genutzt werden. Und da der Platzhirsch Lufthansa und die Star Alliance in Terminal 1 bleiben und damit der Hauptteil des Verkehrs dort abgewickelt wird, macht es betrieblich Sinn, alles andere nach Süden abzuschieben.

Tatsächlich lautete das Fazit der DFS aus dem damaligen Probebetrieb ja auch, dass für eine „zielführende Anwendbarkeit“ des Konzepts „zwingend notwendige Anpassungen“ durchgeführt werden müssten, u.a. „eine ausgewogene Verkehrsverteilung der Starts auf die Pisten des Parallelbahnsystems“ und „die weitestgehende Vermeidung von Transferprozessen/Pistenkreuzungen (z.B. Zuführung von Starts: auf der Centerpiste aus dem Norden und auf der Südpiste aus dem Süden)“.

Mit anderen Worten: Terminal 3 soll Kapazitätssteigerungen nicht nur dadurch ermöglichen, dass mehr Passagiere abgefertigt werden können, sondern auch dadurch, dass Starts und Landungen dichter gepackt und damit mehr Flugbewegungen pro Stunde realisiert werden können. Auch wenn das auf absehbare Zeit nicht ganztägig gebraucht, sondern nur stundenweise praktiziert werden sollte, würde das zu weiterer Verlärmung und mehr Risiken führen.

Die Schliessung von Terminal 2 bei Inbetriebnahme von Terminal 3 ist also für Fraport eine betriebstechnisch und -wirtschaftlich völlig logische Maßnahme. Ob und ggf. wann Terminal 2 dann wieder in Betrieb genommen wird, brauchen sie aktuell noch nicht zu entscheiden und können abwarten, wie sich die Kapazitäts-Nachfrage tatsächlich entwickelt. Natürlich hält Fraport offiziell an ihren Wachstums-Phantasien fest und möchte

bei Bedarf alle Kapazitäts-Reserven voll ausnutzen können. Dass sie die Absicht der Wiederinbetriebnahme behaupten, zielt wohl einerseits auf Anleger und Investoren, denen anspruchsvolle Ziele vorgestellt werden müssen, und andererseits auf die Öffentlichkeit, die es natürlich auch nicht gerne sieht, wenn Steuergelder ausgegeben und Umwelt geschädigt wird, um Überkapazitäten zu schaffen.

Was wirklich passieren wird, wird davon abhängen, wie schnell die fortschreitende Klimakatastrophe die Wachstumspläne der Luftverkehrswirtschaft Makulatur werden lässt. Ob das bereits 2030 oder erst zehn oder zwanzig Jahre später soweit sein wird, kann man heute nicht mit Sicherheit sagen. Nur dass es dahin kommen wird, ist (leider) inzwischen sicher.

BI Raunheim Fluglärm

DOKUMENTATIONEN zu militanten Klimaaktionen in Rhein-Main:

Sabotage an Baustelle der A66/A661. Fecher Bleibt!

17. November 2022: In der Nacht von Sonntag auf Montag haben wir mehrere Bagger, die zum Bau des Riederwaldtunnel dienen großflächig mit Bitumen angegriffen.

Wir taten dies aus Solidarität mit dem seit Herbst 2021 besetzten Fechenheimer Wald und allen weiteren Gefährt*innen.

Seit November ist die Besetzung akut räumungsbedroht, da der Fechenheimer Wald für den Ausbau der A66/A661 weichen soll.

Wir appellieren an alle lokalen Strukturen sich dem Kampf um den Fecher anzuschließen. Lasst uns der Zerstörung der Natur und den Neubau von Autobahnen in den Weg stellen und für Klimagerechtigkeit kämpfen!

Fecher verteidigen – Für die Anarchie!

Ganz viel Liebe an die unfreiwillige Feuerwehr. Free them all!

Luxuskarren und Schaufenster der Hessengarage eingehauen

5. Januar 2023: In Solidarität mit den akut räumungsbedrohten Projekten im Fechenheimer Wald und in Lützerath (ZAD Rheinland) haben wir heute Nacht die protzigen Autos und Schaufenster der Hessengarage in Frankfurt-Riederwald demoliert. Genutzt haben wir dafür möglichst schwere Werkzeuge, damit sich die Karosserie verzieht und ein höherer Schaden entsteht. Wir sind anschließend unerkannt verschwunden. Ein Schaden Unbeteiligter wurde ausgeschlossen.

SUVs, Sportwagen usw. sind ein Luxus, den wir uns als Menschheit nicht mehr leisten können. Politische Entscheidungsträger und Cops räumen ein widerständiges Projekt nach dem anderen. Orte, die eine Alternative zur Ausbeutung von Natur und Menschen aufwerfen und Perspektiven schaffen. In diesem Moment und in den nächsten Tagen werden in Frankfurt im Fechenheimer Wald und in der ZAD Rheinland Menschen gegen Cops, die Autobahn Gesellschaft und RWE kämpfen. Es ist möglich Räumungen zu verhindern und den Preis in die Höhe zu treiben. Wir wissen aus den Kämpfen um den Dannenröder Wald oder Hambacher Forst, zu was diese Schweine in der Lage sind. Lasst ihnen zeigen was wir von ihnen halten.

Der Klimaaktivismus wird mehr und mehr werden.

Die Letzte Generation und ähnliche Gruppen sabotieren mit ihren Körpern und Sekundenkleber eine Welt von ungehemmtem Konsum, rücksichtsloser Umweltzerstörung und Luxusprodukten. Dafür werden sie von rechten Medien wie der BILD und kleinbürgerlichen Autofahrern massiv angefeindet oder körperlich angegriffen. Die Rhetorik von einer „neuen Klima-RAF“ und die aktuellen Ermittlungen gegen eine angebliche „kriminelle Vereinigung“ zeigen, wie empfindlich das Bürgertum auf die Konfrontation mit ihrer Verantwortung reagiert. Sie ist lächerlich im Angesicht der Tatsache, dass die Klimakatastrophe unter anderem von genau diesen Akteuren erzeugt und zugespitzt wird.

Die Klimagerechtigkeitsbewegung hat viele Facetten. Auch wenn wir die Ansätze der „Letzten Generation“ oder Ende Gelände nicht vollständig teilen, sehen wir uns mit dieser Aktion als unbekannte Kompliz*innen im Kampf gegen die Zerstörung des Planeten.

Wir wählen andere Mittel, die Symbole und Infrastruktur direkt beschädigen und zerstören. So durchbrechen wir mit verschiedenen Mitteln und auf verschiedenen Ebenen die unnötige kapitalistische Logik von individuellem Luxuskarren und unendlichen Autobahnen. Wir sind solidarisch mit den Aktivist*innen, die jetzt die staatliche Repression abbekommen. Stay safe!

Es wird in der nächsten Zeit darum gehen, Protest, Blockaden und Sabotage zu vervielfältigen und zu verbinden.

Für mehr Glasscherben und zerbeulte Karosserien!

Grüße an die kämpfenden Menschen im Fecher und in der ZAD Rheinland!

Die Autonome Antifa [f] und Kritik und Praxis [k&p] – Sexismus und Verantwortungsübernahme. Ein kritischer Blick zurück

CN: +++ Triggerwarnung: Der folgende Text setzt sich mit sexualisierter Gewalt auseinander +++

Einleitung

In den letzten Jahren wurden wir auf unterschiedlichsten Ebenen mit sexualisierter Gewalt in unserem Gruppenkontext konfrontiert. Dabei ging es sowohl um einen Fall, der mittlerweile vier Jahre her ist, als auch um weiter zurückliegende Fälle. Viele von uns waren damals noch gar nicht politisch aktiv, geschweige denn in unserer Gruppe organisiert¹. Demnach lag es in der Verantwortung der wenigen älteren Genoss*innen sich die damaligen Prozesse und den Umgang mit Sexismus und sexualisierter Gewalt zu dieser Zeit wieder bewusst zu machen.

Wir werden im folgenden Text nicht detailliert auf die genauen Fälle und Prozesse eingehen. Vielmehr soll es darum gehen, die zugrunde liegenden Strukturen und wiederkehrenden Narrative unserer Gruppenpolitik kritisch zu betrachten, die dazu beigetragen haben, dass übergriffiges Verhalten und sexueller Missbrauch über Jahre hinweg toleriert und begünstigt wurden.

Auch wenn hier über die zugrunde liegenden Strukturen und Denkmuster gesprochen wird, ist es dennoch wichtig, sich der Tragweite der einzelnen Vorfälle bewusst zu sein. Deswegen sei an dieser Stelle deutlich gesagt: Wir wissen von mindestens zwei Vorfällen, bei denen es um verschiedene Formen sexualisierter Gewalt ging, bei denen die Betroffenen durch psychische Manipulation oder unter der Ausnutzung von Machtgefällen zwischen Jugendantifa und älteren Antifas zu sexuellen Handlungen genötigt wurden.

Viele Strukturen und Gruppen beschäftigen sich derzeit mit Formen der Täterarbeit und diskutieren über Sexismus und unterschiedliche Ebenen sexualisierter Gewalt. Insgesamt haben wir das Gefühl, dass es grundsätzlich ein größeres Bewusstsein für patriarchale Strukturen und sexualisierte Gewalt in der Linken Szene gibt und diese mehr thematisiert werden. Das bedeutet jedoch nicht, dass patriarchale Verhaltensmuster und bestimmte Vorstellungen von Männlichkeit im Zusammenhang mit linkem Aktivismus verschwunden wären.

Der nachfolgende Text soll dabei als Debattenbeitrag verstanden werden und möchte versuchen, eine kritische Reflexion über Gruppenprozesse innerhalb der Autonomen Antifa [f] und Kritik und Praxis

– aber sicherlich auch vieler anderer Linker Gruppen – zu liefern, in denen sexistisches und mackerhaftes Verhalten kaum thematisiert wurde und letztlich dadurch übergriffiges Verhalten und sexueller Missbrauch über Jahre hinweg toleriert und begünstigt wurden.

Wir können uns auch heute nicht vollständig von patriarchalen Strukturen und Sexismus frei machen. Aber wir versuchen Ebenen der Reflexion einzubauen und möchten euch nun von gemachten Fehlern und ungeeigneten Strukturen zur Bearbeitung sexueller Übergriffe berichten, um gemeinsam zu lernen – und um gemeinsam daran zu arbeiten, unsere Strukturen für FLINTA sicherer zu machen. Dieser Text möchte also durch die Offenlegung gemachter Fehler anderen Strukturen und Gruppen dabei helfen, nicht dieselben zu wiederholen.

Was dieser Text nicht beinhaltet, ist eine Auseinandersetzung mit der Art und Weise, wie wir uns damals mit feministischer Theorie auseinandergesetzt haben. Es könnte eine spannende Frage sein, ob es zwischen dem Theorieverständnis in unserer Gruppengeschichte und fehlenden Reflexionsprozessen einen Zusammenhang gibt.

Um eines an dieser Stelle ganz klar zu sagen: Dieser Text kommt viel zu spät! Der Text ist auch nicht das Produkt einer internen Reflexion, die einfach aus sich heraus stattgefunden hat, sondern wurde im Sommer 2020 durch das Wiederaufkommen nicht beendeter Täterarbeit und durch Prozesse ausgelöst, die nun mehr als 10 Jahre zurückliegen. Seitdem erreichten uns einige weitere Berichte von Betroffenen bezüglich sexualisierter Übergriffe durch ehemalige Mitglieder unserer Gruppe. Um so schockierender war es für uns, dass ehemalige Gruppenmitglieder sich im Sommer 2020 nach wie vor vehement hinter einen Täter stellten. Auch aus diesem Grund möchten wir deutlich sagen, dass wir für alle Betroffenen jederzeit in jeder Form zur Verfügung stehen. Im Namen der aktuellen Gruppe möchten wir uns außerdem bei euch entschuldigen. Wir wissen, dass eine solche Entschuldigung keine Wunden heilt, keine traumatischen Erfahrungen ungeschehen macht. Uns ist es jedoch wichtig, deutlich zu sagen: Das Problem war immer unsere Gruppe und unser Umgang mit sexualisierter Gewalt, mit Sexismus, Mackertum und Patriarchat.

1. Gang-Mentalität und Männlichkeit

Macker bzw. Sexismus-Vorwürfe gab es gegenüber der Antifa [f] nicht grade wenige und auch wenn es eine Farce wäre zu behaupten, dass uns das nicht bewusst gewesen wäre, so waren die Schreibenden dieses Textes über die Flut an Vorfällen, von denen wir in zahlreichen Gesprächen erfahren haben, doch schockiert. Auch der damaligen Gruppe waren ihre Probleme mit Sexismus und Mackertum zumindest vage bewusst, zu einem vertiefenden Reflexionsprozess kam es allerdings nicht. Nicht selten führten solche Vorwürfe eher zu einer Form der Wagenburgmentalität. Kritik an Einzelpersonen, gerade bzgl. sexistischen Verhaltens, wurde als ein Angriff auf das Kollektiv verstanden, dementsprechend abgewehrt und nicht ernst genommen. Dabei wurden nicht selten eben jene Personen, die Kritik äußerten, verdächtigt, Sexismus und Macker-Verhalten aufzubauschen, um die Gruppe und ihren Politikstil zu diskreditieren. Für Betroffene entstand so der Eindruck einer kaum zu durchdringenden Wand. Das bedeutet nicht, dass es nicht auch vereinzelt zu Kritik am Verhalten einiger Männer innerhalb der Gruppe kam. Einige Mitglieder (vor allem Frauen) versuchten durchaus eine grundsätzliche Diskussion einzufordern, das scheiterte aber regelmäßig am vorherrschenden Desinteresse. Die Frage, warum ausgerechnet die eigene Gruppe so oft im Mittelpunkt der Kritik stand, wenn es um Sexismus und Männlichkeit ging, wurde nie zum Gegenstand vertiefender Diskussionen innerhalb der Gruppe.

Diese Form der Gangmentalität wurde auf mehreren Ebenen zu einem großen Problem. Sie umgab die Mitglieder der Gruppe mit einem dichten Panzer und wirkte einschüchternd auf alle, die mal wieder genervt waren von dem Auftreten der Gruppe oder einzelner Mitglieder auf einer Party oder Betroffene durch übergriffiges Verhalten wurden. Aber sie wirkte nicht nur nach außen, sondern auch nach innen. Mitglieder der Antifa [f], die auf Partys mit ekelhaften Anmachen, einem gewaltbereiten Habitus oder auch sexualisierten Übergriffen auffielen, konnten sich stets sicher sein, dass die Gruppe sich schützend vor sie stellen würde. So entstand bei uns nicht nur ein Mangel an Reflexion, sondern ein begünstigendes Klima für Sexis-

mus und Männlichkeit. Eine „Boys will be Boys“-Mentalität verschaffte sich phasenweise immer mehr Platz innerhalb der Gruppe und drückte sich untereinander in verharmlosenden Witzeleien über Genosse XY und sein problematisches Verhalten auf der letzten Party oder Veranstaltung aus. Durchaus wurde im Gruppenkontext auch immer wieder mit Ermahnungen und Genervtheit auf solches Verhalten reagiert. Letztendlich aber eben vor allem mit Belustigung und fast immer blieb das Handeln ohne Konsequenzen.

Bei der Betrachtung dieser Gangmentalität sollte klar sein, dass die Antifa [f] sich nicht aktiv für sie entschieden hat. Sie war in unserem Fall das Resultat eines gewissen Politikstils, der geprägt war von der eigenen Selbstverliebtheit und der Vorstellung, in allem immer die Radikalsten und Besten sein zu müssen. Reflexionsräume wurden so eingerissen, was dazu führte, andere Genoss*innen innerhalb der Szene nicht mehr ernst zu nehmen. Natürlich kann ein starkes Zugehörigkeitsgefühl und Zusammenhalt für eine politische Gruppe von enormer Bedeutung sein, gerade gegenüber Nazis und Bullen kann sie stärkend und vertrauensbildend wirken. Auf der Ebene der internen Reflexionsprozesse und innerhalb der linken Szene kann sie allerdings verheerende Auswirkungen haben. Vor allem dann, wenn sie auf grundlegend unreflektierte Vorstellungen von Männlichkeit im Zusammenhang mit politischem Aktivismus und Militanz trifft. Stärke zeigen, „sich gerade machen“, „stabil sein“, das waren entscheidende Kategorien unseres politischen Alltags. Und in gewisser Weise wurden diese Kategorien als intellektueller Leistungsethos auch auf die Theoriearbeit der Gruppe übertragen. Mit einer solchen Grundlage der politischen Kultur innerhalb unserer Gruppe kam es zu einer fortwährenden Aufwertung von allem, was als männlich empfunden wurde und so zu einer impliziten Abwertung dessen, was vermeintlich als weiblich identifiziert wurde. Damit entsteht eine Erwartungshaltung nach innen, welche durch und durch sexistisch geprägt ist. Aber ein solcher, maskulin geprägter Konformitätsdruck richtet sich eben nicht nur gegen die eigenen Mitglieder, sondern maßgeblich auch nach außen. Wenn solche Formen von Männlichkeit nicht als Problem wahrgenommen werden, bzw. wenn eine Kultur innerhalb einer Gruppe entsteht, in der diese bereitwillig akzeptiert werden, wird diese Gruppe – wie in unserem Fall – nicht in der Lage sein, sexistische und übergriffige Handlungen als solche zu identifizieren und ein Bewusstsein für die eigenen grundlegenden

Probleme zu entwickeln. Männlichkeit, Sexismus und sexualisierte Gewalt gehen also mit Gruppenstrukturen wie der unseren damals ein verheerendes Bündnis ein und bedingen sich gegenseitig.

2. Dominanz in den Köpfen – die fatale Trennung zwischen Privatem und Politischem

Die Antifa [f] nahm über mehrere Jahre hinweg eine dominante Stellung innerhalb der linken Szene in Frankfurt ein. Dabei ist in unserer Gruppe das Gefühl entstanden, „wenn wir es nicht machen, macht es niemand“. Dieses Gefühl führte nicht selten dazu, dass wir bei jeder Aktion versuchten die Verantwortung zu übernehmen. Die Dominanz innerhalb der Szene entsteht vermutlich nicht zuletzt auch immer in den Köpfen der jeweiligen Gruppe und wird zu einer steten Selbstversicherung. Gangmentalität und die Vorstellung, die Einzigen zu sein die etwas auf die Kette kriegen, bilden ein Mindset, welches Kritik schnell beiseite wischt und einen reflektierten Umgang mit der eigenen Position innerhalb der Szene verhindert. Wenn man die Genoss*innen um sich herum letztlich verdächtigt, sich an der eigenen Gruppe ‚abzuarbeiten‘, weil man denkt, dass sie selbst nicht aktionsfähig wären, ist man kaum noch in der Lage über das eigene Verhalten nachzudenken. Kritik von ‚außen‘ wird somit mehr und mehr mit einem Schmunzeln aufgenommen, nicht ernst genommen und in die eigene Selbstwahrnehmung integriert. Dabei wurde Kritik von ‚außen‘ sowohl auf der Ebene der politischen Auseinandersetzung als auch auf der Ebene des Verhaltens der eigenen Mitglieder als unbegründeter Angriff wahrgenommen. Somit wurde jeder Vorwurf schnell als ein Angriff auf das eigene politische Projekt gewertet und unhinterfragt abgewehrt. Die dominante politische Stellung der Antifa [f] ging also Hand in Hand mit dem fehlenden Reflexionsvermögen gegenüber sexistischen Strukturen innerhalb der Gruppe. Außerdem hatte eine solche Dominanz den Effekt, dass Betroffene von sexistischem Verhalten oder Übergriffen sich zweimal überlegten, ob sie Vorwürfe gegen die Gruppe öffentlich machen wollen. So wissen wir heute, dass einige Genoss*innen Übergriffe durch unsere Gruppenmitglieder nicht öffentlich gemacht haben, da sie Angst hatten, dadurch die politische Arbeit der Gruppe zu gefährden und eventuell sogar die politische Arbeit in der gesamten Linken Szene in Frankfurt lahmzulegen. Das zeigt ein weiteres Mal, mit welchem überheblichen Habitus sich unsere Gruppe umgab.

Wenn eine Gruppe eine dominante Stellung innerhalb einer Szene einnimmt, muss das nicht ihre Schuld oder Ergebnis ihres Bestrebens sein und dass es eine dominante Gruppe in einer Szene gibt, muss auch nicht immer schlecht sein. Wenn dabei allerdings kein Bewusstsein für die Problematik dieser Situation entsteht und darüber hinaus sexistisches Verhalten und Männlichkeit nicht reflektiert werden, kann eine solche Stellung innerhalb der Szene dazu führen, dass Übergriffe nicht thematisiert werden, die Betroffenen von sexualisierter Gewalt jahrelang schweigen und kaum Möglichkeit finden, sich mit dem Erlebten offensiv auseinanderzusetzen.

Kritik am mackerhaften Auftreten oder dem Verhalten auf Partys gab es an unserer Gruppe, wie gesagt, trotzdem zur Genüge. Dass diese allerdings kein Innenhalten verursachte, keine Pause, in der sich die Gruppe fragte: „Was ist hier eigentlich los, dass es so oft zu Sexismus-Vorwürfen gegenüber unserer Gruppe kommt?“, hat noch einen anderen Grund. Reflexionspausen oder der vertiefende Umgang mit Sexismus und Übergriffen wurden schon dahingehend abgelehnt, da sie eine Gruppe vermeintlich über einen längeren Zeitraum lähmen könnten und somit dem nächsten Großprojekt im Wege stünden.

Unsere Gruppe hatte über viele Jahre ein hohes Tempo inne, wenn es um Aktionismus und Debattenbeiträge ging. Der beständige Versuch, die nächste Demo noch größer und besser werden zu lassen, führte zu dem Gefühl nie Zeit zu haben, immer gestresst zu sein und auf keinen Fall eine Pause einlegen zu können. Falls Betroffene von Übergriffen den Mut fanden, sich damit an unsere Gruppe zu wenden und einen Prozess bzw. Täterarbeit einzufordern, wurde darüber kaum auf dem Plenum gesprochen. Selbst dann nicht, wenn das explizit von Unterstützer*innen-Gruppen gefordert wurde. Entsprechende Auseinandersetzungen mit den Tätern fanden in Freundeskreisen statt und wurden sorgfältig von der ‚politischen‘ Arbeit getrennt, denn es musste ja immer weiter gehen: Die nächste Aktion musste geplant werden, die nächste Demo stand vor der Tür. So entstand eine fatale Trennung zwischen dem, was als politisch und dem was als privat empfunden wurde und letztlich nichts mit der Gruppe als solche zu tun hätte.

Die Vorstellung, dass der Umgang mit dem eigenen Sexismus nicht politisch sei; dass die Beziehungen, welche wir innerhalb und außerhalb von politischen Gruppen teilen nicht politisch seien, ist höchst problematisch. Nur so kann die Vorstellung entstehen, dass eine betroffenenorientierte

Auseinandersetzung mit Übergriffen oder die Reflexion von patriarchalen Gruppenstrukturen hinderlich für die politische Praxis seien. Deutlich und unmissverständlich wollen wir an dieser Stelle festhalten: Es ist das Patriarchat, Mackerverhalten, sexualisierte Gewalt und der Sexismus, die unsere Strukturen lähmen. Täterarbeit und Reflexionsprozesse sind es nicht. Mit diesem Text wollen wir keinen Schlusstrich unter die Auseinandersetzungen mit der Geschichte unserer Gruppe ziehen, weshalb wir an dieser Stelle noch mal deutlich hervorheben wollen, dass wir immer zu Gesprächen zur Verfügung stehen, auch wenn ihr etwas völlig anders

wahrgenommen habt als von uns beschrieben. Zukünftig werden wir versuchen, jede Form der Auseinandersetzung mit Übergriffen und Sexismus ausschließlich betroffenenorientiert zu handhaben. Verantwortungsübernahme und Reflexionsprozesse sollen nie wieder als etwas betrachtet werden, was außerhalb unserer politischen Praxis steht, sondern eben als Teil dieser. Dafür haben wir angefangen, uns mit den Konzepten Transformative Justice und Community Accountability auseinanderzusetzen. Hier stehen wir noch völlig am Anfang. Vielleicht können diese Ansätze uns dabei helfen, nicht immer nur auf

Übergriffe reagieren zu müssen, sondern bei patriarchalem Verhalten und Sexismus anzusetzen, bevor sie ihr gewalttätiges Potenzial entfalten. Indem wir unseren Reflexionsprozess an dieser Stelle veröffentlicht haben, hoffen wir, dass die gemachten Fehler anderen Gruppen bei ihren Reflexionsprozessen helfen können und diese schneller als wir sexistische und patriarchale Strukturen bei sich erkennen können.

[1]Die Autonome Antifa [f] nannte sich 2014 in Kritik und Praxis – Radikale Linke [f]rankfurt um.

Kleine Faustregel zum Umgang mit Tatverantwortlichen

Wenn Du möchtest, dass Deine Forderung erfüllt wird, prüfe, ob sie erfüllbar ist. Das hört sich vielleicht banal an, ist es aber nicht. Unter den Forderungen, die an Tatverantwortliche gestellt werden, sind immer wieder Dinge, die im Alltag schlicht unmöglich umzusetzen sind, die die Persönlichkeitsrechte der Person tief verletzen (Ja, auch ein*e Beschuldigter hat Rechte, zumindest im der Strafjustiz und wir wollen ja nun nicht dahinter zurückfallen, oder) oder sie sind so unkonkret formuliert, dass man nicht weiß, was damit gemeint ist. Es nutzt gar nichts, Dinge zu verlangen, die eine Person einfach nicht umsetzen kann (z.B. in eine Tätergruppe gehen, wenn es eine solche nirgends gibt), und das Nicht-Umsetzen dann mit Sanktionen zu bewähren oder als Zeichen der Nicht-kooperation auszulegen.¹

Dazu gehört, nicht nur eine therapeutische Auseinandersetzung mit dem eigenen Verhalten zu fordern (völlig ok), sondern eine bestimmte Therapieform vorzuschreiben (übergriffig: ob jemand z.B. eine Psychoanalyse machen will oder kann, muss die Person selber entscheiden, da die Therapieform auch immer zu der Person und ihrem derzeitigen Zustand passen muss); Verbote auszusprechen, die weltweit gelten sollen (ich darf nicht nur in einer Stadt oder einem Bundesland nicht mehr auf eine Veranstaltung, sondern auch nicht auf einem anderen Kontinent) oder zu verlangen, Menschen sollten quasi ab dem ersten Moment eines neuen Kontakts über ihre Gewalt erzählen (das ist einfach im Alltag total weird. Es interessiert mich doch in der Warteschlange vor dem Arbeitsamt überhaupt nicht, was jemand gemacht hat, und ich fände es übergriffig, wenn mir das jemand direkt nach dem Hallo erzählt). Von der merkwürdigen Praxis, Leuten nicht zu sagen, was ihnen vorgeworfen

wird, ja noch nicht einmal den Kontext oder Zeitpunkt, mal ganz zu schweigen. (Ich weise das kategorisch zurück.)

Im Prinzip ist es sinnvoll, sich an die **SMART**-Regeln aus der Konflikt- und Verhandlungsforschung zu halten. Diese besagen: Vereinbarungen sollten

Spezifisch (konkret)

Messbar

„Attraktiv“/positiv formuliert (was jemand tun soll anstatt was jemand nicht tun soll, da dies nicht klärt, was getan werden soll)

Realistisch (umsetzbar)

Terminiert (zeitlich definiert)

sein. Das erhöht schlicht die Chance, dass der transformative Aufarbeitungsprozess gelingt, was ja im Interesse aller sein dürfte. Es geht nicht darum, der tatverantwortlichen Person den roten Teppich auszurollen, es ihr „leichter zu machen“ oder Hilfestellung zu leisten, sondern schlicht darum, diesem nicht im Weg zu stehen. Zudem würde ich definieren, was das Ziel der Forderungen ist, und ob die geforderten Maßnahmen diesem Ziel dienen. Ziele sind häufig, dass Betroffene der Person nicht begegnen, dass die Person niemand weiteren schädigt und dass sie sich ändert. Dabei ist es wichtig, dass die Betroffenen für sich sprechen und keine (selbsternannten) Fürsprecher*innen ihnen vermeintliche Bedürfnisse und Forderungen überstülpen oder ihre eigene Agenda durchsetzen. Das gehört zur Wiedererlangung von Handlungs- und Definitionsmacht: Betroffene sprechen für sich selbst, sie können selbstverständlich vertreten werden, um sie zu unterstützen, aber die Entscheidungen liegen bei ihnen. Ein weiterer Fallstrick sind Double Binds im Forderungskatalog oder beim Umgang mit diesem. Wenn ich fordere, dass die Person eine Gruppe für transformative Ar-

beit besucht oder gründet, aber gleichzeitig alle Menschen, die mit der Person Kontakt haben, anfeinde, stehe ich mir selber im Weg. Natürlich ist mir klar, dass es oft nicht ein und dieselbe Person oder Gruppe ist, die widersprüchliche und sich gegenseitig ausschließende Forderungen stellt. Hier müssen Leute sich gegenseitig korrigieren und gemeinsam Verantwortung übernehmen. Es ist die Aufgabe der Community, sich um die Transformation zu kümmern und diese zu unterstützen. Wir haben alle Mit-Verantwortung, und wir sind alle nicht frei von Täter*innenschaft. Wer lange genug nachdenkt, wird auch in der eigenen Geschichte fündig. Dafür lege ich meine Hand ins Feuer. Deswegen ist es scheinheilig, mit dem Finger auf die Tatverantwortlichen zu zeigen und sich nicht um deren Prozess zu scheren. Das widerspricht nicht der Priorität, Betroffene zu unterstützen, beides gehört zusammen. Es wird Zeit, aus dem Skandalmodus auszusteigen und einen Umgang zu finden, der klar, konsequent, ehrlich und transformativ ist.

1: (Disclaimer: Es versteht sich von selbst, dass es völlig ok ist, zu fordern, was man für die eigene Sicherheit und Entschädigung braucht, und es ist auch keine Frage, dass manches für Tatverantwortliche unangenehm oder anstrengend ist und sein darf. Ich füge das hier hinzu weil die verallgemeinerte schlechte Diskurskultur in der Linken das notwendig macht, leider.)
Rehzi Malzahn (rehzimalzahn.net)



Warum Misogynisten gute Informanten sind



Wie geschlechtsspezifische Gewalt in der gesellschaftlichen Linken staatliche Gewalt in radikalen Bewegungen ermöglicht. Es handelt sich um eine Übersetzung des Texts von Courtney Desiree Morris (make/shift magazine, Los Angeles, No. 7, 2010). Original unter: theanarchistlibrary.org/library/courtney-desiree-morris-why-misogynists-make-great-informants Zu beachten ist der US-amerikanische Politikontext, den die Autorin als Grundlage nimmt. Sie beschreibt Politikmilieus, die Organizing-Ansätze verfolgen und nicht so weiß dominiert sind, wie in Deutschland. Ergänzende Einordnungen erfolgen via Fußnoten. Wir haben den Text hier leicht gekürzt.

Im Januar 2009 erfuhren Aktivist*innen in Austin, Texas, dass einer von ihnen, ein weißer Aktivist namens Brandon Darby, als FBI^[1]-Informant Gruppen infiltriert hatte, die gegen die Republican National Convention (RNC)^[2] protestierten. Darby gab später zu, bei Planungstreffen und während des Kongresses Aufnahmegeräte getragen zu haben.

Darby sagte im Februar 2009 im Namen der Regierung im Prozess gegen zwei texanische Aktivisten aus, die auf dem RNC wegen der Herstellung und des Besitzes von Molotow-Cocktails verhaftet wurden, nachdem Darby sie dazu aufgefordert hatte. [...] Die Aktivist*innen in Austin waren besonders fassungslos über die Enthüllung, dass Darby als Informant gedient hatte, weil er an verschiedenen linken Projekten beteiligt war und eine führende Rolle bei Common Ground Relief (CGR) spielte, einer in New Orleans ansässigen Organisation, die sich für die kurzfristigen Bedürfnisse von Gemeindemitgliedern einsetzt, die durch Naturkatastrophen in der Golfküstenregion vertrieben wurden, und die sich für den Wiederaufbau der Region einsetzt und den Katrina^[3]-Evakuierten das Recht auf Rückkehr sichert.

Ich war überrascht, aber nicht schockiert von dieser Nachricht. Als Studentin an

der University of Texas hatte ich erfahren, dass die Campus-Polizei routinemäßig Polizeibeamt*innen in zivil zu den Treffen radikaler Studierendengruppen schickte – einfach, um sie im Auge zu behalten. Das war im Herbst 2001. Wir erlebten die Gründung des Ministeriums für Innere Sicherheit^[4], sahen zu, wie ein Cowboy-Präsident einen Krieg gegen den Terror führte^[5], und versuchten zu überlegen, was wir tun könnten, um den faschistischen Staatsumbau, der sich vor unseren Augen abspielte, zu bekämpfen. Damals kam es uns allerdings albern vor, dass bei unseren Treffen Polizist*innen anwesend waren – wir waren nicht die Panther, die Brown Berets oder rabiateren Globalisierungsgegner*innen auf dem Campus (obwohl wir sie alle bewunderten); wir waren einfach junge Leute, die nicht glaubten, dass Krieg die beste Antwort auf die Anschläge vom 11. September 2001 war. Aber es war nicht albern; das FBI schaut über politische Arbeit nicht einfach hinweg. Jede Organisation, sei sie groß oder klein, kann die Aufmerksamkeit des Staates auf sich ziehen. Vielleicht stellt ihre Organisation eine große Bedrohung dar, vielleicht sind sie jetzt noch klein, aber eines Tages werden sie so groß sein, dass sie nicht mehr zu bändigen sind. Der Staat entscheidet sich in der Regel dafür, die Bewegung zu töten, bevor sie wächst.

Und Informant*innen und Provokateur*innen sind die Auftragskiller des Staates. Die Behörden wählen Leute aus, die niemandem auffallen werden. Oft ist es unmöglich zu beweisen, dass es sich um Informant*innen handelt, weil sie sich scheinbar ganz der sozialen Gerechtigkeit verschrieben haben. Sie gehen intime Beziehungen zu Aktivist*innen ein, werden zu Freund*innen und Liebhaber*innen und übernehmen oft Führungsaufgaben in Organisationen. [...] Es überrascht nicht, dass diese Bewegungen, die von Informant*innen und Provokateur*innen zu Fall gebracht wurden, auch Orte waren, an denen Frauen und Queer-Aktivist*innen oft intensive geschlechtsspezifische Gewalt erlebten, wie die Autobiografien von Aktivistinnen wie Assata Shakur, Elaine Brown und Roxanne Dunbar-Ortiz zeigen.

Vielleicht liegt es nicht daran, dass Informant*innen schwer zu erkennen sind, sondern daran, dass wir kollektiv die Zeichen ignoriert haben, die sie verraten. Um unsere Bewegungen zu retten, müssen wir uns mit den Zusammenhängen zwischen geschlechtsspezifischer Gewalt,

männlichem Privileg und den Strategien auseinandersetzen, die Informant*innen (und Menschen, die sich einfach wie sie verhalten) einsetzen, um radikale Bewegungen zu destabilisieren. Immer wieder ist es heterosexuellen Männern in radikalen Bewegungen gelungen, ihre Privilegien durchzusetzen und andere unterzuordnen. Trotz aller gegenteiligen Behauptungen ist es eine Tatsache, dass radikale soziale Bewegungen und Organisationen in den Vereinigten Staaten sich geweigert haben, geschlechtsspezifische Gewalt^[6] als Bedrohung für das Überleben unserer Kämpfe ernsthaft anzugehen. Wir haben Frauenfeindlichkeit, Homofeindlichkeit und Heterosexismus als kleinere Übel – als zweitrangige Probleme – behandelt, die sich irgendwann von selbst erledigen oder in den Hintergrund treten werden, sobald die „echten“ Probleme – Rassismus, Polizei, Klassenungleichheit, US-Angriffskriege – gelöst sind. Die Entscheidung für Ignoranz hat ernste Konsequenzen. Frauen- und Homofeindlichkeit sind von zentraler Bedeutung für die Reproduktion von Gewalt in radikalen Aktivist*innengemeinschaften. Kratze an einem Frauenfeind und du wirst einen homofeindlichen Menschen finden. Kratzt man etwas tiefer, findet man vielleicht das Zeug zu einem zukünftigen Informanten (oder jemandem, der Bewegungen einfach nur destabilisiert, wie es Informanten tun).

Das Zeug zu einem Informanten: Brandon Darby und Common Ground

Malik Rahim, ehemaliger Black Panther und Mitbegründer von Common Ground in New Orleans, sprach darüber, wie erschüttert er von Darbys Enthüllung war, ein FBI-Informant gewesen zu sein. Mehrmals erklärte er, dass es ihm das Herz gebrochen habe. Er beklagte vor allem all die „jungen Damen“, die Common Ground als Folge von Darbys herrschsüchtigem, aggressivem Organisationsstil verlassen hatten. Aber als diese „jungen Damen“ sich beschwert hatten? Nun, ihre Bedenken stießen wahrscheinlich auf wohlwollende, aber letztlich unempfindliche Ohren – alles mag wahr gewesen sein, und im Nachhinein gibt jeder zu, wie störend Darby war, der schnell gewalttätige, schlecht durchdachte direkte Aktionspläne vorschlug, die jeden gefährdeten, mit dem er arbeitete. Es gab sogar Behauptungen, dass Darby Organisatorinnen bei Common Ground sexuell angegriffen hatte und sich generell abweisend gegenüber Frauen verhielt, die in der Organisation arbei-

teten.^[7] Darby schuf Konflikte in allen Organisationen, mit denen er arbeitete, doch die Leute zögerten, ihn wegen seiner Geschichte und seines Rufs als Organisator und seiner „Hingabe“ an „die Arbeit“ zur Verantwortung zu ziehen. Die Leute verteidigten ihn tatsächlich so lange, bis er sich als FBI-Informant outete. Sogar Rahim entschied sich trotz all seiner Schuldgefühle und Ängste dafür, Darby die Leitung von Common Ground zu überlassen, obwohl jedes Mal, wenn es in der Organisation einen Konflikt gab, Darby darin verwickelt zu sein schien.

Wenn wir als Organisator*innen die kollektive Rechenschaftspflicht im Zusammenhang mit geschlechtsspezifischer Gewalt zu einem zentralen Bestandteil unserer Praxis machen würden, könnten wir vielleicht Menschen neutralisieren, die im Auftrag des Staates daran arbeiten, unsere Kämpfe zu untergraben. Ich spreche nicht von Hexenjagden; ich spreche davon, uns so zu organisieren, dass wir einen potenziellen Brandon Darby im Keim ersticken, bevor er mehr Menschen verletzen kann. Informant*innen sind schwer auszumachen, aber ich vermute, dass dort wo Rauch ist, auch Feuer ist. Jemand, der überall wo er hinkommt Chaos verursacht, ist entweder ein*e Informant*in oder eine unverantwortliche, unberechenbare Zeitbombe, die unbeabsichtigt genauso effektiv sein kann, wenn es darum geht die Organisation sozialer Gerechtigkeit zu untergraben. Letztlich verrichten beide die Arbeit des Staates und müssen zur Rechenschaft gezogen werden.

Ein kurzer historischer Rückblick auf geschlechtsspezifische Gewalt in radikalen Bewegungen

Ein Rückblick auf die radikalen Organisationen und sozialen Bewegungen der 1960er und 1970er Jahre liefert einen wichtigen historischen Kontext für diese Diskussion. Die Erinnerungen von Frauen, die aktiv an diesen Kämpfen beteiligt waren, zeigen, wie weit verbreitet die Toleranz (und in einigen Fällen die Befürwortung) von geschlechtsspezifischer Gewalt war. Angela Davis, Assata Shakur und Elaine Brown, die zu unterschiedlichen Zeitpunkten in der Black Panther Party (BPP) organisiert waren, nannten Sexismus und die Ausbeutung von Frauen (und ihrer Organisationsarbeit) in der BPP als einen ihrer Hauptgründe für den Austritt aus der Gruppe (im Fall von Brown und Shakur) oder für ihre Weigerung, jemals offiziell beizutreten (im Fall von Davis). Obwohl von Frauen oft erwartet wurde, dass sie erhebliche persönliche Opfer brachten um die Bewegung zu unterstützen, gab es für

Frauen, die von männlichen Genossen schikaniert wurden, keine Unterstützung oder Möglichkeiten, Wiedergutmachung zu erhalten. Ob es nun BPP-Organisatoren waren, die die Tatsache ignorierten, dass Eldridge Cleaver seine Frau, die bekannte Aktivistin Kathleen Cleaver, schlug, Männer, die Frauen zum Sex zwangen, oder einfach Männer, die Organisatorinnen als untergeordnete sexuelle Spielzeuge behandelten – die BPP und ähnliche Organisationen neigten dazu, die zersetzenden Auswirkungen geschlechtsspezifischer Gewalt auf den Befreiungskampf nicht ernst zu nehmen. In vielerlei Hinsicht hat Elaine Browns Autobiografie, „A Taste of Power: A Black Woman’s Story“, die hässliche Realität der Frauenfeindlichkeit in der Bewegung und die verschiedenen Wege, auf denen sowohl Männer als auch Frauen männliche Privilegien und geschlechtsspezifische Gewalt in diesen Organisationen reproduzierten und verstärkten, am deutlichsten aufgezeigt. [...] Ihre Biografie zeigt deutlich wie das maskulinistische Auftreten der BPP (und im weiteren Sinne vieler radikaler Organisationen jener Zeit) eine Kultur der Gewalt und Frauenfeindlichkeit schuf, die sich letztlich als das Verhängnis der Organisation herausstellte.

Diese Erzählungen entmystifizieren das Erbe der geschlechtsspezifischen Gewalt in genau den



Organisationen, zu denen viele von uns aufschauen. Sie zeigen, wie Frauenfeindlichkeit in diesen Räumen normalisiert wurde, als „persönlich“ abgetan oder als nicht so wichtig wie die ernsthafteren Kämpfe gegen Rassismus oder Klassenungleichheit. Geschlechtsspezifische Gewalt war historisch tief in der politischen Praxis der Linken verankert und stellte eine der größten (wenn auch weitgehend uneingestanden) Bedrohungen für das Überleben dieser Organisationen dar. Wenn wir jedoch der Arbeit von Davis, Shakur, Brown und anderen Beachtung schenken, können wir die Fehler der Vergangenheit vermeiden und andere Arten von politischer Gemeinschaft schaffen.

Die rassistische Politik der geschlechtsspezifischen Gewalt

Rassifizierung verkompliziert die Art und Weise, in der sich geschlechtsspezifische

Gewalt in unseren Gemeinschaften entfaltet. In „Looking for Common Ground: Relief Work in Post-Katrina New Orleans as an American Parable of Race and Gender Violence“ untersucht Rachel Luft das beunruhigende Muster sexueller Übergriffe auf weiße weibliche Freiwillige durch weiße männliche Freiwillige, die 2006 im Upper Ninth Ward Wiederaufbauarbeit leisteten. Sie zeigt auf, wie Common Ground es versäumte, die Übergriffe weißer Männer auf ihre Mitorganisatorinnen zu thematisieren und stattdessen die Schuld auf die umliegende schwarze Gemeinschaft schob und weiße Aktivistinnen warnte, dass sie vorsichtig sein müssten, weil New Orleans ein gefährlicher Ort sei. Letztlich erwies es sich als einfacher, schwarze Männer aus der Nachbarschaft zu kriminalisieren, als anzuerkennen, dass weiße Frauen und Transgender-Organisator*innen am ehesten von weißen Männern angegriffen wurden, mit denen sie zusammenarbeiteten. In einem Fall wurde ein weißer männlicher Freiwilliger erst der Polizei übergeben, nachdem er innerhalb einer Woche mindestens drei Frauen sexuell missbraucht hatte. Das Privileg, das weiße Männer in Common Ground

genossen, einer Organisation, die sich angeblich antirassistisch einsetzte, bedeutete, dass sie gegenüber Frauen und Queer-Aktivist*innen gewalttätig sein konnten, destruktives Verhalten an den Tag legen konnten, das die Arbeit der Organisation

untergrub, und dabei wussten, dass die Bewegung sie nicht in der gleichen Weise zur Rechenschaft ziehen würde wie die schwarzen Männer in der Gemeinde, in der sie arbeiteten.

Natürlich ist das männliche Privileg nicht einheitlich – weiße und BIPOC Männer sind ungleiche Teilnehmer und Nutznießer des Patriarchats, obwohl sie beide geschlechtsspezifische Gewalt reproduzieren können und dies auch tun. Diese Ungleichheit in der Verteilung der Vorteile des Patriarchats geht auch an Frauen- und Queer-Organisator*innen nicht vorbei, wenn wir versuchen, BIPOC Männer zu konfrontieren, die in unseren Gemeinschaften geschlechtsspezifische Gewalt ausüben. Wir machen uns oft Sorgen darüber, dass wir bestimmte Arten rassistischer Gewalt reproduzieren, die sich unverhältnismäßig stark gegen BIPOC Männer richten. Es widerstrebt uns

verständlichweise, die Polizei zu rufen, den Staat in irgendeiner Weise einzuschalten oder BIPOC Männer der Gnade eines historisch rassistischen Straf(un)rechtssystems auszuliefern; dennoch treten unsere Gemeinschaften (politisch und anderweitig) oft nicht auf, um in unserem Namen Gerechtigkeit zu fordern. Wir fühlen uns nicht wohl dabei, mit Therapeut*innen zu sprechen, die nur Stereotypen darüber bestätigen, wie abgefickt und außergewöhnlich gewalttätig unsere Gemeinschaften sind. Die Linke bietet oft noch weniger Unterstützung. Unsere Viktimisierung ist bedauerlich, problematisch, aber letztlich weniger wichtig für „die Arbeit“ als die rassifzierten Männer, die geschlechtsspezifische Gewalt in unseren Gemeinschaften reproduzieren.

Misogynie^[8] in der Linken: Eine persönliche Reflexion

In der ersten Community-Gruppe, in der ich aktiv mitarbeitete, begegnete ich einem Ausmaß an Frauenfeindlichkeit, das ich mir in einer Organisation, die eigentlich eine radikale People-of-Color-Organisation sein sollte, nie hätte vorstellen können. Ich hatte eine sexuelle/romantische Beziehung zu einem älteren Chicano-Aktivist in der Gruppe. Ich war neunzehn, eine unerfahrene junge schwarze Aktivistin, er war dreißig. Er bat mich, unsere Beziehung geheim zu halten, und ich willigte widerwillig ein. Später fand ich heraus, dass er mit mindestens zwei anderen Frauen geschlafen hatte, während wir zusammen waren. Eine davon war eine Freundin von mir, eine andere junge Frau, mit der wir etwas organisierten. Sie wusste nichts von unserer Beziehung, die er ihr verschwiegen hatte. Nachdem sie und ich unsere Erfahrungen ausgetauscht hatten, begannen wir, uns mit anderen Frauen auszutauschen, die diesen Mann kannten und mit ihm etwas organisiert hatten.

Wir hörten von den Frauen, die eine Chican@^[9]-Studierendengruppe verlassen hatten und nie mehr zurückkamen, nachdem seine Lügen und Geheimnisse aufflogen, während die Gruppe an einer

zapatistischen Aktion in Mexiko-Stadt teilnahm. Die queere, radikale, weiße Organisatorin, die Austin verließ, um seinem Missbrauch zu entkommen. Eine andere weiße Frau, eine Sozialarbeiterin, die dachte, sie könnten heiraten, nur um eines Abends in seine Wohnung zu kommen und mich dort vorzufinden. Und dann waren da noch die, die nach mir kamen. Ich habe mich immer gefragt, ob sie wussten, wer er wirklich war. Die Frauen, mit denen er ausging, waren erstaunliche, schöne, tolle, radikale Frauen, die er als Schutzschild benutzte, um an Orte zu gelangen, von denen er wusste, dass sie für einen solchen Frauenfeind niemals offen sein würden. Ich meine, wenn diese coole Frau, die in Chiapas arbeitete, Spanisch sprach und mit Einwanderer*innen ohne Papiere arbeitete, mit ihm zusammen war, dann muss er doch toll sein, oder? Falsch. Aber seine Frauenfeindlichkeit endete nicht dort; sie spiegelte sich auch in seinem Organisationsstil wider. In Sitzungen sprach er immer am lautesten und am längsten und verwendete einen akademischen Jargon, der jede Diskussion komplexer machte als nötig. Die akademische Sprache schüchterte Menschen ein, die weniger gebildet waren als er, denn er schien mehr über radikale Politik zu wissen als alle anderen. Er redete auf andere Männer in der Gruppe ein, vor allem auf diejenigen, die er für weniger intelligent hielt als ihn, was im Grunde alle waren. Dann schaltete er einen Gang zurück, entschuldigte sich dafür, dass er den Raum dominierte, und räumte ein, dass er sein männliches Privileg checken müsse. Ironischerweise täuschte er Unwissenheit vor, wenn ihn die Leute auf seinen Scheiß ansprachen – was sollten sie auch meinen, wenn sie sagten, sein Verhalten sei maskulinistisch und sexistisch? Er beklagte sich darüber, dass er infantilisiert wurde, und weigerte sich zu sehen, wie er die Leute die ganze Zeit infantilisierte. Die Tatsache, dass er ein BIPOC Mann war, der gute Reden über Rassismus und den antirassistischen Kampf halten konnte, verdeckte sein missbräuchliches Verhalten

sowohl in radikalen Organisationen als auch in seinen persönlichen Beziehungen. Eine seiner ehemaligen Partnerinnen erzählte mir: „Seine radikale Analyse erlaubte es den Menschen (meist Männern, aber gelegentlich auch Frauen), ihm zu verzeihen, dass er in seinen Beziehungen dominierend und missbräuchlich war. Frauen mussten ihre Kritik an seinem Verhalten an der Tür abgeben, damit wir nicht einen BIPOC Mann in der Bewegung verlieren.“ Einer der Gründe, warum es so schwierig ist, BIPOC Männer für die Reproduktion geschlechtsspezifischer Gewalt zur Rechenschaft zu ziehen, ist, dass BIPOC Frauen und weiße Aktivistinnen weiterhin in der Vorstellung verhaftet sind, dass BIPOC Männer es schwerer haben als alle anderen. Wie kann man jemanden zur Rechenschaft ziehen, wenn man glaubt, er sei das Ziel Nummer eins für den Staat? Leider war er nicht der einzige Mann dieser Art, dem ich in radikalen Kreisen begegnet bin – nur einer der klügeren. [...]

Ja, dieser Typ.

Die meisten dieser Typen waren wahrscheinlich keine Informanten. Was schade ist, denn das bedeutet, dass sie keinen Cent für ihre zerstörerische Arbeit bekommen. Wir könnten diese Frauenfeinde jedoch als ungewollte Agenten des Staates betrachten. Unabhängig davon, ob sie tatsächlich Informanten sind oder nicht, unterstützt die Arbeit, die sie leisten, die laufende Terrorkampagne des Staates gegen soziale Bewegungen und die Menschen, die sie schaffen. Wenn queere Organisator*innen gedemütigt und ihre politischen Kämpfe ins Abseits gedrängt werden, ist das Teil eines laufenden staatlichen Gewaltprojekts gegen Radikale. Wenn Frauen wissentlich mit Geschlechtskrankheiten angesteckt, körperlich misshandelt, in Versammlungen abgewiesen, beiseite geschoben und aus radikalen Organisationsräumen verdrängt werden, während unsere Verbündeten bekannte Frauenfeinde verteidigen, machen sich die Organisator*innen an den Bemühungen des Staates mitschuldig, uns zu zerstören.

Der Staat hat bereits eine Tatsache begriffen, die die Linke nur schwer akzeptieren kann: Frauenfeinde sind hervorragende Informanten. Bevor oder unabhängig davon, ob sie jemals vom Staat rekrutiert werden, um eine Bewegung zu stören oder eine Organisation zu destabilisieren, haben sie sich schon gut mit den Praktiken des störenden Verhaltens vertraut gemacht. Sie benötigen fast keine Ausbildung und können sofort mit ihrer Arbeit beginnen. Was ist lähmender für unsere Arbeit als wenn Frauen und/oder queere Menschen unsere



Bewegungen verlassen, weil sie wiederholt belogen, gedemütigt, körperlich/verbal/emotional/sexuell missbraucht wurden? Oder wenn man Gespräche über die Arbeit verschieben muss, um Gruppensitzungen der Auseinandersetzung mit der jüngsten Beleidigung eines einzelnen Mitglieds zu widmen? Oder wenn diese Person Fehlinformationen verbreitet und damit Verwirrung und Reibung unter radikalen Gruppen stiftet? Nichts verlangsamt den Aufbau einer Bewegung so sehr wie ein Frauenfeind.

Was das FBI versteht, ist, dass unsere Bewegungen ihr Potenzial, diese Welt neu zu gestalten, nie ausschöpfen werden, wenn es in aktivistischen Räumen Menschen gibt, die sich der Machtübernahme verschrieben haben und die Macht als Herrschaft verstehen. Wenn wir unsere Energien darauf verwenden, uns von dem Schlamassel zu erholen, den Informanten (und Leute, die sich wie sie verhalten) verursachen, werden wir uns nie auf die eigentliche Arbeit konzentrieren können, nämlich frei zu werden und die Art von lebensbejahenden, menschenzentrierten Gemeinschaften aufzubauen, in denen wir leben wollen. Um es mit den Worten von Bell Hooks zu sagen: Wo es einen Willen zur Herrschaft gibt, kann es keine Gerechtigkeit geben, denn wir werden unweigerlich weiterhin dieselben Arten von Ungerechtigkeit reproduzieren, gegen die wir angeblich kämpfen. Es ist an der Zeit, dass unsere Bewegungen einen radikalen Wandel von innen heraus vollziehen.

Blick nach vorn: Geschlechtergerechtigkeit in unseren Bewegungen schaffen

Radikale Bewegungen können sich die Zerstörung, die geschlechtsspezifische Gewalt verursacht, nicht leisten. Wenn wir die politischen Auswirkungen patriarchaler Verhaltensweisen in unseren Gemeinschaften unterschätzen, wird unsere Arbeit nicht überleben.

In letzter Zeit habe ich mich mit der Arbeit von Queer-Feminist*innen of Color beschäftigt, um zu überlegen, wie wir diese Verhaltensweisen in unseren Bewegungen in Frage stellen können. [...]

Aber es gibt nicht nur Bücher, sondern auch viele andere Ressourcen, um sich diesem Dilemma zu stellen. Der einfache Akt des Sprechens und Teilens unserer Wahrheiten ist eines der mächtigsten Werkzeuge, die wir haben. Ich habe mit älteren Menschen gesprochen, mit älteren Women of Color, die das erlebt haben, womit ich kämpfe, und mich mit anderen Frauen über ihre Überlebensgeschichten ausgetauscht. [...] Wir haben auch mit der

noch befreienderen Praxis begonnen, unsere Erfahrungen öffentlich zu benennen und unsere Gemeinschaften aufzufordern, sich mit dem auseinanderzusetzen, was wir und so viele andere erlebt haben.

Der Abbau von Frauenfeindlichkeit kann nicht nur eine Aufgabe für Frauen sein. Wir alle müssen diese Arbeit leisten, weil das Überleben unserer Bewegungen davon abhängt. Solange wir nicht eine radikale feministische und queere politische Ethik, die heteropatriarchale Organisationsformen direkt in Frage stellt, in den Mittelpunkt unserer politischen Praxis stellen, werden radikale Bewegungen weiterhin von den Eskapaden der Brandon Darbys (und Leuten, die keine Informanten sind, sondern sich nur so verhalten) zerstört werden. Eine queere, radikale, feministische Ethik der Verantwortlichkeit würde uns herausfordern zu erkennen, wie geschlechtsspezifische Gewalt in unseren Gemeinschaften, Beziehungen und Organisationspraktiken reproduziert wird. Obwohl es viele Wege gibt, dies zu tun, möchte ich vorschlagen, dass es drei Schlüsselschritte gibt, mit denen wir beginnen können. Erstens müssen wir Frauen und queere Menschen in unseren Bewegungen, die zwischenmenschliche Gewalt erfahren haben, unterstützen und uns an einem kollektiven Heilungsprozess beteiligen. Zweitens müssen wir einen kollektiven Dialog darüber führen, wie unsere Gemeinschaften aussehen sollen und wie wir sie für alle sicher machen können. Drittens müssen wir ein Modell für kollektive Rechenschaftspflicht entwickeln, das das Private wirklich als politisch behandelt und uns hilft, in unseren Gemeinschaften Gerechtigkeit zu praktizieren. Wenn wir es zulassen, dass Frauen/Queer-Organisator*innen aktivistische Räume verlassen und Menschen schützen, deren Gewalt ihren Weggang provoziert hat, sagen wir damit, dass wir diese de facto staatlichen Agenten, die die Arbeit stören, mehr schätzen als Menschen, deren Arbeit Bewegungen aufbaut und erhält.

So wütend mich die geschlechtsspezifische Gewalt in der Linken auch macht, ich bin hoffnungsvoll. Ich glaube, dass wir die Fähigkeit haben, uns zu verändern und mehr Gerechtigkeit in unseren Bewegungen zu schaffen. Wir müssen keine Hexenjagd veranstalten, um Frauenfeinde und Informanten zu entlarven. Sie outen sich jedes Mal, wenn sie sich weigern, sich zu entschuldigen, die Verantwortung für ihre Handlungen zu übernehmen, Konflikte zu schüren und sich weigern, sie im Konsens zu lösen, ihre Compañer@s schlecht zu behandeln. Wir müssen nicht nach ihnen suchen, aber wenn wir mit ihren destruktiven

Verhaltensweisen konfrontiert werden, müssen wir sie zur Verantwortung ziehen. Unsere Strategien müssen nicht strafend sein; die Menschen haben ein Recht auf ihre Fehler. Aber wir sollten erwarten, dass die Menschen zu diesen Handlungen stehen und nicht zulassen, dass sie zu einem Muster werden.

Wir haben ein Recht darauf, wütend zu sein, wenn in den Gemeinschaften, die wir aufbauen und die das Modell für eine bessere, gerechtere Welt sein sollen, dieselbe Art von queerfeindlicher, frauenfeindlicher und rassistischer Gewalt herrscht, die die Gesellschaft durchdringt. Als radikale Organisator*innen müssen wir uns gegenseitig zur Rechenschaft ziehen und dürfen nicht zulassen, dass Frauenfeinde in diesen Räumen so viel Macht ausüben können. Wir dürfen nicht zulassen, dass sie die Gesichter, Stimmen und Anführer dieser Bewegungen sind. Wir dürfen nicht zulassen, dass sie eine Compañera vergewaltigen und dann in den verdammten Fünf-Uhr-Nachrichten erscheinen. In Brandon Darbys Fall, selbst wenn niemand vermutet hätte, dass er ein Informant ist, hätte sein dominantes und machohaftes Verhalten ausreichen müssen, um seine Führungsrolle in Frage zu stellen. Wenn wir nicht zulassen, dass Frauenfeindlichkeit in unseren Gemeinschaften und Bewegungen Wurzeln schlägt, schützen wir uns nicht nur vor den Bemühungen des Staates, unsere Arbeit zu zerstören, sondern schaffen auch stärkere Bewegungen, die nicht von innen heraus zerstört werden können.

1 Das FBI soll für das Verständnis ganz grob vergleichbar mit dem deutschen Verfassungsschutz sein.

2 Das sind die Nominierungsparteitage der Republikanischen Partei.

3 Gemeint sind die Betroffenen vom Hurricane „Katrina“ 2005, der massivste Verwüstung angerichtet hatte.

4 Englisch Original: Department of Homeland Security.

5 George W. Bush im Irak.

6 Ich verwende den Begriff geschlechtsspezifische Gewalt, um auf die Art und Weise hinzuweisen, in der Homophobie und Frauenfeindlichkeit in heteronormativen Auffassungen von Geschlechtsidentität und Geschlechterrollen verwurzelt sind. Heterosexismus unterdrückt nicht nur nicht-normative Sexualitäten, sondern reproduziert auch normative Geschlechterrollen und -identitäten, die die Logik des Patriarchats und männliche Privilegien verstärken.

7 Dies erfuhr ich aus informellen Gesprächen mit Frauen, die sich mit Darby in Austin und New Orleans organisiert hatten, als sie an der Austin Informants Working Group teilnahmen, die von Leuten gebildet wurde, die mit Darby zusammengearbeitet hatten und von seiner Enthüllung, dass er ein FBI-Informant war, fassungslos waren.

8 Mysogenie ist in diesem Text mit Frauenfeindlichkeit übersetzt. Geschlechterspezifische Feindbilder dienen der Machterhaltung des Patriarchats. Ebenso zählen dazu auch Transfeindlichkeit, Queerfeindlichkeit und Homophobie.

9 Mexikanische Amerikaner. Chican@ anstelle der männlichen Form Chicano oder weiblichen Chicana.

Stellungnahme zu Täterschaften und Täterschutz im SAO

Inhaltswarnung: Im folgenden Text geht es um den Umgang mit sexualisierter Gewalt und um patriarchales und sexistisches Verhalten in den „Antifa Ost“-Strukturen.

Einleitung

In den letzten Monaten gab es viel Kritik an uns als Solibündnis Antifa Ost (SAO). Vor allem unsere Rolle und Verantwortung in Bezug auf den Vergewaltiger und sogenannten Kronzeugen¹ Johannes Domhöver (J.D.) ist vielen Kontexten und Individuen unklar bzw. wurde in vielerlei Hinsicht zu recht kritisiert.

Das angemessen darzustellen, ist uns in den zwei bisherigen Stellungnahmen bei Weitem nicht gelungen. Mit diesem Text möchten wir uns nun dazu äußern, womit wir uns abseits des Gerichtssaals und der andauernden staatlichen Repression beschäftigen: Die Verhältnisse zu J.D., das täterschützende Verhalten und die daraus folgende Verantwortungsübernahme, übergriffiges Verhalten von am Bündnis Beteiligten und im Antifa Ost-Komplex Beschuldigten. Dabei wollen wir voranstellen, dass J.D. und seine Taten für uns weniger der Kern des Problems sind, sondern eher ein Ausdruck und Kristallisationspunkt von grundlegenden Problematiken in unseren Zusammenhängen und Umfeldern.

Als Bündnis von Gruppen, mit Beschuldigten und Unterstützer:innen aus drei Bundesländern, war und ist es schwierig eine gemeinsame Position zu entwickeln. Die Zahl der Beschuldigten ist seither weiter gestiegen, wobei nicht alle gleichermaßen Teil des SAO sind.

Dieser Text ist aus der Notwendigkeit entstanden, transparenter mit Problemen und Fehlern im SAO umzugehen. Erst durch die Forderung von am Bündnis beteiligten FLINTA wurden die folgenden Zeilen von einem Plenum der Cis-Männer geschrieben und diskutiert. Die Perspektive des Textes ist also vor allem die der Cis-Männer im SAO. Als Bündnis, das unterschiedliche Szenen und Spektren übergreift, haben wir selten eine einheitliche Überzeugung und Einschätzung. Dennoch tragen wir als Solidaritätsstruktur den folgenden Inhalt mit.

Chronologische Übersicht

Zum besseren Verständnis folgt zunächst eine grobe Auflistung der Ereignisse:

- Sommer '20: Viele Personen, von denen einige später im SAO aktiv werden, bekommen Kenntnis von einer polizeili-

chen Anzeige gegen J.D. wegen eines sexuellen Übergriffs. Dabei handelt es sich um keine der Taten aus den Outcalls.

- Spätsommer '21: J.D. wird von seinem Umfeld das Vertrauen entzogen. Darüber werden zunächst einzelne Soligruppen, später das SAO informiert.
- Oktober '21: Durch zwei Outcalls werden viele weitere Taten von J.D. bekannt. Als Folge wird im SAO Transparenz über Wissen zu J.D.s Taten gefordert, sowie die Offenlegung aller Vorwürfe und Taten von Beschuldigten.
- Dezember '21: Ein Aufarbeitungsprozess zu Täterschutz von Personen rund um das SAO bzgl. J.D. soll starten, verschiebt sich aber. In einem internen Statement werden einzelne Strukturen über die Anzeige gegen J.D. und über weitere Täterschaften oberflächlich informiert.
- Januar '22: Übergriffiges Verhalten eines Unterstützers im SAO wird intern bekannt. Im SAO bildet sich ein Plenum der Männer, dessen Schwerpunkt die Übernahme von Verantwortung und Aufgaben beinhaltet, in welchem aber auch versucht werden soll, Täterschutz zu reflektieren. Einige FLINTA kritisieren das Verhalten von Cis-Männern als untragbar und verlassen das SAO.
- Frühjahr '22: Es finden erste Treffen zwischen dem SAO und anderen Strukturen statt, um über Täterschaften und Täterschutz zu sprechen. Über den Frühling gibt es im SAO zwei Inputs von externen Referent:innen zu sexualisierter Gewalt und Täterschutz.
- Herbst '22: Während J.D. als vermeintlicher Kronzeuge in Dresden aussagt, wird im SAO erneut Transparenz nach innen und nach außen eingefordert. Ein Ergebnis der folgenden Diskussionen ist dieser Text.

J.D. und unser Wissen über seine Taten

Im Sommer 2020 erzählte J.D. einigen Personen von einem eingestellten Ermittlungsverfahren gegen ihn wegen eines sexuellen Übergriffs. Hierbei handelt es sich um keine der Taten, die in den späteren Outcalls benannt wurden. Kurz zuvor wurde erstmals Akteneinsicht zu den damals laufenden Ermittlungen gewährt, die später im aktuellen 129-Verfahren mündeten. Die Akten enthielten eine Notiz zu dem eingestellten Ermittlungsverfahren. Um einer Konfrontation vorwegzugreifen, setzte er sein Umfeld darüber selbstständig in Kenntnis.

Diese Information lag somit den ersten Beschuldigten in dem Verfahrenskomplex sowie Teilen ihrer persönlichen und politischen Umfeld vor. Daraus folgte eine Konfrontation von J.D., die ihm viel Platz für Ausreden und Lügen einräumte, welchen er auch nutzte. Nur wenige Männer, die auch Teil seines Umfelds waren, bemühten sich um eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Vorwürfen. Viele glaubten seinen Ausreden oder wichen einer Verantwortungsübernahme aus. Versuche, mit der Betroffenen Kontakt aufzunehmen, um eine Bestätigung für die Anzeige zu ermöglichen, scheiterten zunächst an falschem Vorgehen sowie gezielten Fehlinformationen von Johannes. Nicht alle Beschuldigten oder deren Umfeld hatten eine persönliche Beziehung zu J.D. Einige kannten ihn nicht einmal. Dennoch wäre eine kollektive Beschäftigung mit dem aus der Anzeige bekannten Vorwurf möglich gewesen. Ein kleiner Kreis von Menschen, die versuchten, sich kritisch mit ihm auseinanderzusetzen, scheiterte in dieser Intention, u.a. aufgrund zahlreicher Lügen von J.D., aber auch wegen mangelnder Skepsis gegenüber seinen Fehlinformationen und seiner Person. Etwa zur gleichen Zeit konstituierte sich das Solibündnis Antifa Ost. Eine Zusammenarbeit zwischen J.D. und dem Bündnis fand insofern nicht statt. Aufgrund des gescheiterten Prozesses von Personen aus Johannes ehemaligem Freundeskreis wurde dort im Spätsommer 2021 beschlossen, die Vorwürfe im und über das Bündnis hinaus transparent zu machen. Ebenso wurde die Entscheidung gefällt, dass J.D. in Zukunft maximal finanziell unterstützt werden wird. Sein Anwalt sollte bezahlt werden, was schlussendlich aber nie geschehen ist. Diese Entscheidung wurde nicht öffentlich kommuniziert, u.a. um ihn nicht gegenüber den Behörden als potentiell Ziel von Druck oder sogar als Ansprechpartner zu exponieren. Hingegen war unsere erste Reaktion auf die Outcalls vor allem Abgrenzung. Dies wird auch in unserer ersten Stellungnahme deutlich. Die interne Auseinandersetzung fand erst in den folgenden Wochen ihren Anfang, hauptsächlich auf Druck von FLINTA aus dem Bündnis und unseren Umfeldern statt. Zunächst stellten FLINTA die Frage, ob es weitere Täterschaften unter Beschuldigten gibt, sowie die Forderung, dass alle Männer ihre Rolle gegenüber J.D. intern transparent machen und aufarbeiten, womit dann auch begonnen wurde. Bis zum Sommer 2021 hatten man-

che von uns ein relativ enges Verhältnis zu Johannes. Diejenigen, die dahingehend in einer besonderen Verantwortung stehen, befinden sich abseits vom SAO in laufenden Aufarbeitungsprozessen. Gegenstand dieser spezifischen Auseinandersetzung zum Verhältnis mit J.D. ist einerseits die mangelnde Verantwortungsübernahme hinsichtlich der konkreten Informationen aus der erwähnten Anzeige, andererseits die fehlende Sensibilität und daraus folgend fehlende Konsequenzen für J.D.'s kontinuierliches misogynen Verhalten.

Weitere Täterschaften und Täterschutz

Da unsere Intransparenz bereits dazu geführt hat, dass sich fehlerhafte Informationen im Umlauf befanden, möchten wir an dieser Stelle unseren Informationsstand mitteilen.

Im Zuge der oben erwähnten internen Transparenz wurden bis heute sechs weitere Fälle patriarchaler Gewalt im Kontext der Soliarbeit bekannt. Dabei geht es um 5 Beschuldigte und einen Unterstützer. Ihre Taten umfassen grenzüberschreitendes und übergriffiges Verhalten. Dieses Framing ist weitgehend mit Betroffenen(-Strukturen) bzw. ihren Ansprechpersonen abgesprochen, jedoch besteht nicht in allen Fällen Kontakt. Unsere weitere Unterstützung der Beschuldigten ist an sichtbare Prozesse geknüpft, bei denen die Perspektive von Betroffenen nach Möglichkeit im Vordergrund steht. Aufarbeitungsprozesse finden in mehreren Fällen bereits statt, in anderen haben wir Konsequenzen gezogen. Der Widerspruch ist ein noch nicht ganz aufgelöstes Dilemma und damit – genauso wie die Zukunft des Bündnisses und der Soliarbeit allgemein – weiter Gegenstand unserer Diskussionen.

Wir gehen bewusst nicht näher auf die konkreten Vorwürfe ein. Auf Basis der bisherigen (Nicht-) Kommunikation mit Betroffenen sehen wir uns nicht in der Position, entsprechende Details zu veröffentlichen. Dennoch sehen wir das Dilemma, in dem wir uns als SAO gegenüber anderen Strukturen und Zusammenhängen befinden, die uns in der Solidaritätsarbeit unterstützen oder zum Verfahren arbeiten. Wir wollen deshalb an dieser Stelle erneut auf die Ansprechbarkeit der lokalen Solistrukturen bei konkreten Fragen verweisen. Auch wenn uns bewusst ist, dass dahingehend Vertrauen in die Kommunikation verloren gegangen ist.

Die Dynamik im SAO und der Umgang mit Täterschaften und Täterschutz

Nach den Outcalls im Oktober 2021 fokussierten sich unsere Diskussionen

im Winter auf J.D. Tiefere inhaltliche Aspekte wurden dabei auf Bestreben von Männern externalisiert: Mit dem Verweis auf externe Reflexionsprozesse und Aufarbeitungskonzepte wollte man schnell wieder zu klassischer Soliarbeit zurück. Der Gerichtsprozess erforderte in der Tat viel Aufmerksamkeit, was die Prioritätensetzung aber nicht entschuldigt. Die Notwendigkeit, sich überhaupt zu verhalten, wurde vor allem aus einem Pflichtbewusstsein bzw. als Ergebnis von äußerem und innerem Druck begriffen. Nicht als prinzipieller Anspruch oder notwendige Basis für ein Vertrauensverhältnis in der politischen Zusammenarbeit.

Die ersten Aufarbeitungsprozesse der Männer, zu dem Wissen über die oben genannte Anzeige und dem dahingehenden Täterschutz, waren bereits für Dezember geplant, kamen aber schlussendlich nicht zustande. Wir könnten an dieser Stelle verschiedene Pläne zur Aufarbeitung auflisten, die in den folgenden Monaten als Platzhalter dafür herhalten mussten, dass man sich ja schon um irgendwas mit Reflexion kümmern würde. Im Frühjahr 2022 kamen schlussendlich zwei interne Veranstaltungen zu Stande: Ein Vortrag zu Grundlagen sexualisierter Gewalt und ein Input zu Täterschutz in der linken Szene. Durch Referent:innen wurde damals kritisch angemerkt, dass das Bündnis aufgrund offener Fragen bezüglich weiterer Täterschaften noch nicht an dem Punkt einer Aufarbeitung sei.

Auf Druck von FLINTA entstand eine Männerrunde im SAO. Bei dieser Runde handelt es sich um ein zusätzliches regelmäßiges Plenum, bestehend aus den meisten Männern im Bündnis. Ihr Fokus lag darauf, die Doppelbelastungen von FLINTA zu reduzieren und die Verantwortung für Veröffentlichungen und Diskussionen zu übernehmen, die im Zusammenhang mit patriarchalem Verhalten stehen. Reflexionen fanden dort kaum statt, was nur zu einem kleinen Teil den unterschiedlichen Kennverhältnissen geschuldet war. Ein Beispiel dafür ist der Umgang mit einem Unterstützer: Er hatte Vorwürfe gegen sich verschwiegen. Zwei weitere Personen aus dem SAO, die davon wussten, ebenso. Als die Vorwürfe im Dezember '21 an das SAO herangetragen wurden, beschränkte sich der Umgang im SAO auf den Ausschluss des Mannes. Eine intensive Thematisierung in besagtem Männerplenum fand nicht statt.

Kurz nach dem Bekanntwerden dieses neuen Falls von Täterschaft und Täterschutz verließen mehrere FLINTA das SAO. Sie waren nicht die ersten. Die sich permanent fortsetzende Dynamik von Abwehr, Arro-

ganz und Ignoranz der Männer waren für sie nicht mehr hinnehmbar. Eine Wahrnehmung, die alle FLINTA im SAO, wenn auch in unterschiedlicher Intensität, teilten und auch zum Ausdruck brachten. Dem wurde von Seiten der Männer pragmatisch bis ignorant begegnet.

Starke Widerstände gab und gibt es auch in der Frage, an welcher Stelle und in welchem Umfang Transparenz hergestellt werden muss. Ein Ergebnis solcher Diskussionen war eine interne Stellungnahme im Dezember '21. Strukturen, mit denen wir enger zusammengearbeitet haben, wurden so über die Anzeige gegen J.D. und die damals bekannten Täterschaften weiterer Beschuldigter informiert. Zumindest teilweise. Weil die Kommunikation, entsprechend unterschiedlicher Prioritätensetzung, auf wenigen Schultern lastete, wurden nicht alle Strukturen kontaktiert. Schon früh war von FLINTA hervorgehoben worden, dass wir größere Treffen organisieren sollten, um mit nahestehenden Strukturen über den Umgang mit J.D. zu diskutieren. Erst nachdem auch äußerer Druck von eben jenen Strukturen stärker wurde, fanden im Frühjahr '22 Treffen in Leipzig und Thüringen statt. In Berlin und Thüringen gab es bereits im Sommer '21 größere Diskussionen zu den damals bekannten Vorwürfen aus der Anzeige. Wenn wir fehlende Transparenz reflektieren, müssen wir auch einen Blick auf die Stellung des SAO werfen: Die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen war an vielen Stellen von vornherein hierarchisch strukturiert und das SAO nahm bewusst eine dominante und kontrollierende Position ein, um den Diskurs und die Art der Soliarbeit insgesamt zu bestimmen. Dieses Vorgehen war intern sehr umstritten, die Kritik wurde aber im Wesentlichen übergangen. Argumentiert wurde mit pragmatischen Überlegungen, die für einen zentralistischen Aufbau sprachen. Bei der Durchsetzung spielte die eingangs beschriebene männerbündische Dynamik eine große Rolle. Neben legitimen Befürchtungen und politischen Richtungsfragen, drückt sich hier die Haltung von einigen Beschuldigten und ihren Freunden strukturell aus.

Der Aufbau der Solistruktur begünstigte somit patriarchales Verhalten und einen intransparenten Umgang mit Wissen um patriarchale Gewalt. Zugleich führte die Dynamik letztlich zum direkten und indirekten Ausschluss von mehreren FLINTA-Personen. Mit den Outcalls gegen J.D. und der Rolle des SAO darin, dem Wissen um die Anzeige im Vorfeld und dem Anspruch, alle Beschuldigten zu unterstützen, kam dem SAO eine besonde-

re Verantwortung zu. Dieser sind wir nicht nachgekommen.

Zwischenstand der Reflexion

Die sozialen Umfelder, aus denen viele Beschuldigte und die Soliararbeitenden kommen, waren und sind von männlicher Dominanz geprägt. Dieses Problem, das in Antifa-Kreisen besonders stark ausgeprägt ist, war eine zentrale Ursache für die Ignoranz gegenüber frühen Anzeichen und Hinweisen auf sexistisches Verhalten von J.D. Die eingangs erwähnte Anzeige gegen J.D. war ein sehr deutliches, aber nicht das einzige Signal dafür. Statt eindeutiger Kritik oder Abgrenzung von J.D. wurden die Positionen von FLINTA nicht ernst genommen. Wie sich in dem Männerplenum bestätigte, war ein zentraler Grund hierfür, die eigenen Verhaltensweisen, also sich selbst als Mann, nicht in Frage stellen zu müssen.

Ein wichtiger Motor für männliche Dominanz war und ist die selektive Durchlässigkeit von sozialen und politischen Strukturen in der linken Szene. Männliche Attribute und gemeinsame Hobbys bekommen Anerkennung, werden integriert und wertgeschätzt. Kritische Stimmen werden als störend, ineffektiv oder belastend empfunden. Ein altes Lied auf Dauerschleife, welches nicht nur falsche Vertrauensverhältnisse befördert, sondern immer wieder für massiven Ausschluss von kritischen Stimmen, zumeist FLINTA, sorgt. Die Männer im SAO haben nach wie vor

unterschiedliche Haltungen dazu, wie sehr sie diese Kritiken auf sich selbst beziehen und wie unmittelbar die beschriebenen Dynamiken zu Ausschluss führen. Gleichzeitig verlassen auch weiterhin FLINTA das Bündnis, mit der Kritik an eben diesen Dynamiken. Wir haben nicht die Ressourcen investiert, um innere Widersprüche auszuhandeln, verantwortungsvoll nach außen darzustellen oder sie überhaupt anzuerkennen. Stattdessen sind wir in einer Haltung zwischen Reaktion und Abwehr verharnt. Hiervon ist auch die fehlende Transparenz ein Ausdruck.

Zu unserer Reflexion gehören Aspekte, die zwar allgemein bedacht werden, aber gerade in einem sehr polarisierten Diskurs auch untergehen können: Der Gerichtsprozess ist eine permanente Last für alle Angeklagten, Beschuldigten, Unterstützer:innen, Angehörigen und Freund:innen. Die juristischen Folgen öffentlicher Debatten sind meist schwer abschätzbar und einschüchternd.

Zwischenfazit

Der Diskurs um das Antifa Ost-Verfahren zeigt sehr deutlich, dass wir uns mit Fragen und Grundlagen von Vertrauen in militanter Politik, Bedingungen patriarchalen Verhaltens und Gewalt beschäftigen müssen. Debatten, inwiefern FLINTA und Cis-Männer unterschiedliche Zugänge haben und so nicht zuletzt auch falsche Vertrauensverhältnisse gefördert werden, sind ebenso notwendig, wie die Vermitt-

lung, dass das Verhalten abseits politischer Aktionen Konsequenzen hat.

Der Umgang mit J.D. ist in vielerlei Hinsicht ein Beispiel für Männerbündelei, Versagen und Intransparenz. Einen anderen Umgang zu haben, hätte dabei nicht nur bedeutet, die Auseinandersetzungen, die diesen Text begleiteten, früher zu führen. Der Umgang muss bereits beim Aufbau unserer Zusammenhänge ansetzen und die Durchlässigkeit für problematische Verhaltensweisen und patriarchale Machtstrukturen verhindern.

Antirepressionsgruppen sind in ihrer Bildung und ihrer Arbeit häufig zeitlichem Druck ausgesetzt und mit Widersprüchen konfrontiert, die sich nicht immer auflösen lassen. Um so wichtiger ist es, dass linke Zusammenhänge Standards voraussetzen, die im Repressionsfall nicht mehr ausgehandelt werden müssen. Ebenso wichtig, wie uns der Zusammenhalt ist, wenn die Cops morgens in der Wohnung stehen, Genoss:innen auf der Anklagebank sitzen, Anna und Arthur wieder ihr Maul halten, sollte uns eine klare Haltung gegen Sexismus und patriarchale Gewalt sein. Wir hoffen, mit diesem Text eine Grundlage zu geben, auf der ein solidarischer Austausch zwischen anderen Strukturen und uns in Zukunft besser gelingen kann.

1 – Eine umfangreiche Textsammlung zur Auseinandersetzung um J.D. und das Antifa Ost-Verfahren hat der EA Dresden zusammengestellt: ea-dresden.site36.net/verfahren-antifa-ost



Zwei Jahre Untersuchungshaft, ein Jahr Prozess

Zum Verfahren mit bundesweiter Relevanz in Dresden gegen Antifas – das Antifa Ost Verfahren – haben wir einen Artikel der Alternative Dresden News abgedruckt. Wir vermuten gerade für diejenigen, die sich wenig mit dem Verfahren beschäftigen, kann dies hilfreich sein, über das komplexe und relevante Verfahren eine Übersicht zu gewinnen.

Am 5. November 2020 verhaftete ein Großaufgebot der Sächsischen Polizei im Auftrag der Generalbundesanwaltschaft (GBA) die Antifaschistin Lina in Leipzig Connewitz. Die Untersuchungshaft in der Frauen-Justizvollzugsanstalt Chemnitz dauert nun schon zwei Jahre. Zwei Jahre, die ihrer eigenen Aussage nach starke gesundheitliche Auswirkungen auf sie hatten. Neben der psychischen Belastung durch die Isolation von Freund:innen und Familie, kam eine lange Verzögerung der Behandlung einer Erkrankung hinzu. Etwa ein halbes Jahr lang wurden ihre Arzttermine immer wieder verschoben, bis sie schließlich, nur unter Aufsicht eines Großaufgebotes der Polizei, in einer Leipziger Arztpraxis behandelt werden konnte, so die Inhaftierte. Zu diesen zwei Jahren U-Haft kommt nun auch ein Jahr Prozess am Oberlandesgericht (OLG) in Dresden, wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung. Ein Jahr, in dem Lina jede Woche zwei Mal von einem bewaffneten Kommando der Polizei aus der JVA nach Dresden und zurück gefahren wird.

Die Aussagen des Kronzeugen

Vor Gericht sagt nach wie vor ein ehemaliger Antifaschist gegen seine mutmaßlichen Mitstreiter:innen aus. Sechs Tage lang hatte der Senat den Mann, Johannes Domhöver, befragt, der ebenfalls beschuldigt wird, an der kriminellen Vereinigung mitgewirkt zu haben. Laut seiner Aussage, hat es eine Gruppe gegeben, die sich vor allem in Leipzig organisierte. Man sei arbeitsteilig und klandestin bei der Vorbereitung von Angriffen auf politische Gegner:innen vorgegangen. Angriffe seien in Szenario-Trainings geübt und potentielle Angriffsziele, namhafte Neonazis in Sachsen, Thüringen und Berlin, diskutiert worden. Dabei hätte es drei verschiedene Formen der Beteiligung gegeben. Ein innerer Kreis hätte aktiv Straftaten initiiert. Weitere Personen um diesen Kreis, so auch der Zeuge selbst, seien immer wieder hinzu gezogen worden. Auch seien mit diesen Leuten gemeinsame Trainings organisiert worden. Zuletzt gäbe es weitere Personen im Bun-

desgebiet, die zur Beihilfe in bestimmten Fällen heran gezogen worden seien. Seit mehreren Prozesstagen ist die Verteidigung dabei, den Kronzeugen auf Herz und Nieren zu prüfen. Seine Glaubwürdigkeit steht besonders im Fokus, denn Johannes Domhöver bekommt ganz offensichtlich starke staatliche Unterstützung für seine Aussage. Die im Gerichtssaal präsenten Personenschützer sind ein Teil, ein anderer ist die Zahlung von 1.500 Euro monatlich, solange die Zeugenaussage eine Berufstätigkeit verhindern würde. Am 75. Verhandlungstag wurde außerdem klar, dass gegen Domhöver nicht mehr wegen Bildung oder Unterstützung einer kriminellen Vereinigung ermittelt wird. Die für ihn zuständige Staatsanwaltschaft Gera habe ihm und drei weiteren Beschuldigten eine Anklageschrift übersandt, in der dieser Vorwurf nicht auftauche, sagte er widerwillig aus. Erhellend war die Vernehmung eines der drei Vernehmungsbeamten von der Soko Linx des Landeskriminalamtes Sachsen (LKA) vor dem OLG. Anders als die meisten bisher vernommenen Beamt:innen wirkte der Mann mit Nachnamen Mathe entspannt und offen gegenüber dem Gericht und der Verteidigung. Auch beim LKA wisse man, dass es mit diesem Zeugen ein Problem gebe, so Mathe. Immer wenn es darum ginge, konkret zu sagen, welche:r der Angeklagten, welche Straftaten begangen habe, gerate Domhöver ins Schwimmen. Er selbst habe immer nur die Funktion eines Scouts inne gehabt und könne darum nie sagen, wer beispielsweise Körperverletzungshandlungen vorgenommen habe. Außerdem hätte man zwar viel über Angriffe auf einzelne Neonazis gesprochen, jedoch sei der Angriff auf den Neonazi Leon Ringl in Eisenach in der Nacht vom 13. auf den 14. Dezember 2019 der einzige dieser Art gewesen, von dem er wüsste. Die Vermutung der Verteidigung ist darum, dass Domhöver seine Wissenslücken mit Spekulationen auffüllt, um sich das Interesse der Ermittlungsbehörden zu sichern und eigene Vorteile daraus zu ziehen.

Kleine Erfolge der Verteidigung

Am 74. Verhandlungstag war es erstmals soweit, dass der vorsitzende Richter offenherzig über seine Sicht auf eine der angeklagten Taten sprach. Es ging um den Angriff auf einen Leipziger Neonazi im Jahr 2018 vor seiner Wohnanschrift. Bisher lag an Beweismitteln wenig vor: ein unvollständiges Phantombild auf Grundla-

ge der Aussagen zweier Augenzeug:innen, die eine verdächtige, mutmaßlich weibliche Person in räumlicher und zeitlicher Nähe zur Tat gesehen haben. Außerdem fand das LKA an einer verknöteten Tüte eine DNA-Mischspur. Neben der DNA des Angegriffenen und einer weiteren Person, fand sich auch ein unvollständiges Muster, das Übereinstimmung mit der DNA der angeklagten Lina aufweist. DNA-Spuren, vor allem Mischspuren, sind jedoch bezüglich ihrer Aussagekraft heftig umstritten. Entsprechend stellte die Verteidigung zu diesem Komplex einen umfangreichen Beweisantrag.

Nun wurde klar, die DNA-Spur wird vom Senat nicht als Beteiligungsnachweis von Lina an dem Angriff auf Böhm angesehen. Stattdessen, das machte der Vorsitzende in einer im Prozess bisher ungekannten Offenheit klar, geht der Senat davon aus, dass die Spur bei einer Vorbereitungshandlung gelegt worden sei. Angesichts des, auf einem Dachboden gefundenen, Depots mit angelegten Tatmitteln könne daraus aber keine unmittelbare Vorbereitungshandlung durch die Angeklagte abgeleitet werden. Die Vereinigung habe wohl ganz allgemein Material beschafft und so gelagert, dass diverse Personen dazu Zutritt hatten. In jedem Fall ist damit bestätigt, dass es für den Angriff auf den NPD-Stadtrat Enrico Böhm keine zwingenden Beweise gibt, die eine Beteiligung der am OLG Angeklagten Lina E. belegen würden.

Mit dem Alibi, das die Verteidigung eines Beschuldigten aus den Ermittlungsergebnissen der Behörden selbst heraus gearbeitet hatte, ist das die zweite Niederlage für die GBA und die Soko Linx.

Linke Bewegung ringt um Umgang

Die Causa Domhöver ist für Solidaritäts- und Antifagruppen eine Herausforderung. Zunächst einmal sind da die Fälle sexualisierter Gewalt, die von einer Betroffenen und ihrem Umfeld öffentlich gemacht wurden. In dem Schreiben dazu wurde aber auch den Freund:innen und politischen Gefährt:innen Domhövers vorgeworfen, ihn geschützt und seine Gewalt verharmlost zu haben. Immerhin hat sich das Solidaritätsbündnis klar zu den Vorwürfen positioniert und ihm, noch bevor er bei der Polizei aussagte, die Unterstützung entzogen. Zudem wurde gegen Domhöver auch durch die Polizei bis Mai 2022 wegen mindestens einer Vergewaltigung ermittelt. Dennoch konstatierte die Zeitung Analyse & Kritik, dass es ein Ungleichgewicht zwischen der Thematisierung von

Verrat und Vergewaltigung gäbe. Auf der linken Plattform de.indymedia.org tauchten mehrfach Texte auf, die als Urheber:innen des Outcalls im Oktober 2021 den Verfassungsschutz oder andere politische Gegner:innen vermuteten. Egal wie nützlich den Ermittlungsbehörden das Isolationsgefühl Domhövers nach dem Outcall gewesen ist, bewirken derlei Mutmaßungen doch immer, die Opfer von sexualisierter Gewalt zum Schweigen zu bringen. Solchen Veröffentlichungen folgten andere Texte, die sich klar auf der Seite der Betroffenen positionierten. Der Fehler sei schon im Vorfeld geschehen. Einigen

seiner Genoss:innen hätten von den Vergewaltigungsvorwürfen gewusst, aber nicht reagiert. Ein Teil dieses ehemaligen Umfeldes meldete sich im September zu Wort. In ihrem Text konstatieren sie geschehenes Fehlverhalten und werfen Fragen auf, was sie als Freund:innen und Genoss:innen von Domhöver falsch gemacht haben. Nach den Aussagen von drei der vier Angeklagten vor dem OLG rückte nun der Fokus eher auf die politische Gestaltung der Verteidigung. In einem offenen Brief an das Solidaritätsbündnis äußerten Unbekannte ihre Sorge, dass die politische Dimension des Prozesses in den Hintergrund

treten könne. Von dem Zeugen der GBA komme zur Motivation für antifaschistische Praxis „allenfalls dummes Zeug“. Wenn darauf nicht vor Ort, im Gerichtssaal, eine politische Antwort folgen würde, bliebe am Ende vom Verfahren nicht viel übrig. Die Beschädigung linker Politik sei dann umso nachhaltiger. Der politische Gefangene, Thomas Meyer-Falk, fragte in ähnlicher Weise in einem Kommentar, „ob damit nicht nur letztlich dem Kronzeugen das Feld überlassen wird?“

<https://www.addn.me/> 21. November 2022

Auf dem rechten Auge blind!

Der Hessische Verfassungsschutz und die NSU-Akten

Nach der Veröffentlichung der NSU-Akten durch „Frag den Staat“ und das „ZDF Magazin Royal“ haben auch wir uns zusammengesetzt und die Akten auf ihren Informationsgehalt geprüft. In dem 2012 (nach der Selbstenttarnung des NSU) begonnen und 2014 beendeten 173 Seiten umfassenden Bericht sollte der Hessische Verfassungsschutz darstellen, welche Informationen er über die Aktivitäten des NSU und ähnlicher rechtsextremer Netzwerke hatte. Dabei kam der Bericht zu folgenden Erkenntnissen: „s fanden sich keine Hinweise oder Informationen zu einem terroristischen Verhalten von Rechtsextremisten.“

Im Folgenden haben wir relevante Hinweise auf den Aufbau von Untergrundgruppen oder die Bewaffnung von Rechtsextremisten in eine zeitliche Reihenfolge gebracht. Im Zusammenhang mit Waffen und dem Aufbau von Strukturen für den aktiven Untergrundkampf konnten wir folgende (relevante) Eintragungen finden [dabei wurden Eintragungen zu Wehrsportübungen (ohne scharfe Waffen), Kleinkaliberwaffen oder Schießübungen im Ausland nicht berücksichtigt.]: 1991 Erste Erwähnung einer „Wehrwolf-Jagdeinheit Senftenberg“. 1992 160 Handgranaten und Maschinenpistolen sichergestellt. 1993 Handgranaten kosten 25 DM. 1993 Zweimal Waffenbesitzkarte & Waffen in Kassel. 1994 Sturmgewehr und Panzerfaust. 1994 Rohrbomben Material Mörfelden. 1998 Bericht, dass Nationaler Untergrund in Kassel gegründet werden soll. 1998 Durchsuchung bei NSU: 4 funktionsfähige Rohrbomben und 1,5 Kg TNT. 1999 Info über National-Sozialistische Untergrundkämpfer Deutschlands. 1999 Info Aufbau im Osten mit Vernetzung nach Kassel.

1999 Stephan Ernst zieht nach Kassel. 2000 Pressebericht zu Aufbau eines „Braunen Untergrunds“ (in Verbindung mit Blood&Honour). 2001 Waffenbesitzkarte & Waffenschein & Waffen NPD Schwalm-Eder. 2002 Waffenbesitzkarte & Waffen NPD Wetterau. 2006 Waffenbesitzkarte oder Waffenschein & Pistole NPD LV Hessen. 2009 Seit 2002 Waffenbesitzkarte & Waffenschein DVU Hessen. 2009 Bericht über „meist im Untergrund operierende Gruppen“. 2012 Zwei Waffenbesitzkarten & Sprengschein Artgemeinschaft Germania. 2012 Waffenbesitzkarte, Waffenschein, Waffen zur Jagd. Zur Erinnerung: Der NSU war in der Zeit von 2000 bis 2006 aktiv und enttarnte sich 2011 selbst. Wie eine Behörde hier keinen Hinweis auf „terroristisches Verhalten von Rechtsextremisten“ sehen möchte, bleibt für uns völlig unverständlich.

Im Anschluss daran habe wir die Informationen zu Stephan Ernst (der im Juni 2019 Walter Lübke ermordete) innerhalb und außerhalb des Berichts abgeglichen und im Zusammenhang mit dem Aufbau des NSU betrachtet:

Es fällt auf, dass Ernst in der Zeit des aktiven Aufbaus des NSU nach Kassel zog, um dort von der Bildfläche zu verschwinden. Besonders mit Blick auf die wiederholten schweren und schwersten (z.T. verurteilten) Straftaten von Ernst und seine Nähe zu Szenegrößen von einer Abkühlung von Ernst auszugehen, ein Jahr nach Fertigstellung des Berichts, wirkt aus heutiger Sicht mehr als fragwürdig.

Stephan Ernst im NSU-Bericht: 200er Jahre: versuchter Totschlag, versuchte Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion in Tateinheit mit Sachbeschädigung, Fahren ohne Fahrerlaubnis sowie gefährliche Körperverletzung (Motiv: Ausländerfeindlichkeit, Rassismus.) Ernst ist in der Lage

eine (Rohr-)Bombe zu basteln und einen Sprengstoffanschlag durchzuführen; Ernst hatt in der Vergangenheit eine Schreckschusspistole und entsprechende Munition. 2003: Im Rahmen einer Teilnahme an einer Demo gegen die Wehrmachtsausstellung in Neumünster führt Stephan Ernst ein Wellenmesser mit sich. Er greift bei der Veranstaltung auch eine geschädigte am Hals und würgt diese. Ernst ist als aggressiv und gewalttätig einzuschätzen. 2003: Stephan Ernst und XY deponieren am 6.10.03 offensichtlich eine Propangasflasche auf dem Gelände der Basalt AG (Steinbruch). Auf dem Gelände des Steinbruchs befindet sich in einem Betonbunker auch Sprengstoffe. Zusammenhang nicht bekannt.

Was nicht in den NSU-Akten steht, aber über Ernst bekannt ist: 1989 Brandstiftung bei türkischem Mitschüler. 1992 Massenangriff auf Imam in Wiesbaden. 1993 Diebstahl. 1993 Rohrbombe und Brandstiftung in Hohenstein-Steckenroth. 1994 Ernst schlägt mit einem Stuhlbein auf einen ausländischen Mitgefangenen ein. 1995 Verurteilung zu 6 Jahren Jugendhaft. 1999 Ernst zieht nach Kassel. 2003 gemeinschaftlicher Totschlag in Kassel und mehrere Verstöße gegen das Waffen- und Versammlungsgesetz. 2003 & 2005 Körperverletzungen. 2004 Beleidigung. Weitere Straftaten wegen Brandstiftung, Totschlag, gefährliche Körperverletzung und Raub wurden mangels Indizien eingestellt. 2006 Besitz eines „verbotenen Gegenstands“. 2007 demonstrierte er mit Mike Sawallich (der ebenfalls mehrfach in den NSU-Akten auftaucht) und anderen Neonazis in Kassel gegen eine DGB-Veranstaltung zum Thema „Alte und neue Strategien der extremen Rechte“. 1. Mai 2009 Angriff mit Steinen, Holzstangen und Fäusten mit 400 weiteren Neonazis auf die Erste-Mai-Demonstration des DGB

in Dortmund. Dafür erhielt er eine siebenmonatige Haftstrafe auf Bewährung. Vor Gericht räumte Ernst 2019 ein, dass er am 18.6.2011 an Heises „Hausverteidigung“ gegen angekündigte politische Gegner teilgenommen hatte. Thorsten Heise gilt als zentrale Figur in der rechtsextremen Szene und im Aufbau des NSU. Eine Überwachung Heises in der Zeit um 2011 gilt als sicher. Ein Besuch eines bekannten Rechtsterroristen bei Heise hätte das LfV daher mitbekommen müssen.

Was nach der Enttarnung des NSU geschah

Ernst galt ab 2015 als abgekühlt. Am 14.10.2015 nahm er an der Bürgerversammlung in Lohfelden teil, in deren Anschluss der Kasseler Regierungspräsident Walter Lübke massiv angefeindet und bedroht wurde. 2016 hatte Ernst eine Waffensachkundeprüfung angelegt, um eine Waffenbesitzkarte zu bekommen. Am 6.1.2016 hatte ein Unbekannter den irakischen Asylbewerber Ahmed I. in Lohfelden mit einem Messer angegriffen und schwer verletzt. Eine Überwachungskamera zeigt grobkörnige Videoaufnahmen des Täters, der auf einem Fahrrad floh. Die

Polizei vermutete damals zunächst einen Raubüberfall, Drogen- und Schleuserkriminalität im Opferumfeld. Später befragte sie als Messerstecher aufgefallene Straftäter der Region, darunter Ernst. Er gab, er kenne die Unterkunft in Lohfelden, habe von dem Angriff gehört und an jenem Abend frei gehabt. Alibizeugen nannte er nicht. Dennoch wurde sein Haus damals nicht durchsucht. Er wohnte 2,5 Km vom Tatort entfernt. Sein Fahrrad als mögliches Fluchtfahrzeug wurde untersucht, jedoch ergebnislos.

Was nach dem Mord an Walter Lübke bekannt wurde

Ein Erddepot auf dem Firmengelände von Stephan Ernsts Arbeitgeber, in dem mehrere Revolver, ein Schrotgewehr und eine Maschinenpistole vom Typ Uzi mit Munition versteckt waren. Im Keller fand sich ein Messer mit DNA-Spuren, möglicherweise die Tatwaffe. Laut der späteren Anklageschrift hatte sich Ernst am 5.1.2016 gegenüber seiner Mutter über die Silvesternacht in Köln empört, fuhr am Folgetag mit dem Fahrrad zur Unterkunft in Lohfelden und rammte Ahmed I. das Messer von hinten in den Rücken, um

„Angst unter denen in der Bundesrepublik Deutschland Schutz suchenden Menschen fremder Herkunft“ zu verbreiten. Es ist erstaunlich, wie viele Gewalttaten von Ernst dem Verfassungsschutz anscheinend verborgen blieben. Auch wie Ernst sich als bekennender Rechtsterrorist neu bewaffnen und weitere Waffendepots (trotz Enttarnung des NSU) anlegen konnte, ist völlig unverständlich. Dass dem Hessischen Verfassungsschutz die eigene und offensichtlich Unfähigkeit schon 2014 bekannt war, zeigt der Versuch, die weitgehend inhaltsleeren und dennoch völlig falsch bewerteten Akten für 120 Jahren unter Verschluss zu halten. Mit der Veröffentlichung der mittlerweile 10 Jahre alten (in weiten Teilen geschwärzten) Informationen geben die NSU-Akten einiges preis, aber sicherlich kein schützenswertes internes Vorgehen des Verfassungsschutzes. Viel mehr zeigen die NSU-Akten, dass der Hessische Verfassungsschutz sowie weite Teile der Hessischen Polizei grundlegend restrukturiert, aber besser noch aufgelöst gehören.

Anarchistisches Kollektiv Wiesbaden

Am 19.02.2023 jährt sich der rassistische Terroranschlag von Hanau zum dritten Mal

Drei Jahre ohne Ferhat Unvar, Hamza Kurtović, Said Nesar Hashemi, Vili Viorel Păun, Mercedes Kierpacz, Kaloyan Velkov, Fatih Saraçoğlu, Sedat Gürbüz und Gökhan Gültekin.

Es wird den Tag über auf den Friedhöfen in Hanau, Dietzenbach und Offenbach stilles Gedenken geben.

Um 16 Uhr lädt ein lokales Bündnis zu einer regionalen Kundgebung auf den Hanauer Marktplatz mit anschließender Demonstration ein. Wir bitten alle aus dem Rhein-Main-Gebiet, für den 19.02.2023 nach Hanau zu mobilisieren.

Am Abend werden wir wieder an den beiden Tatorten zusammenkommen. Auf bundesweiter Ebene rufen wir auch für den dritten Jahrestag wieder zu dezentralen und vielfältigen Gedenk- und Solidaritätsaktionen auf. Bitte meldet Euch bei uns, wenn Ihr etwas plant, damit wir es mit veröffentlichen können.

Weitere Informationen kommen bald.
Initiative 19. Februar

Wer den Besuch der Ausstellung in Frankfurt zum rassistischen Terroranschlag in Hanau verpasst hatte, kann dies nun nachholen: Die Ausstellung wird vom 1. Februar 2023 bis zum 18. März 2023 im Hanauer Rathaus präsentiert werden. Führungen mit Betroffenen und ein Begleitprogramm sind in Planung. Schulklassen und Gruppen können auch außerhalb der Öffnungszeiten einen Termin vereinbaren.

Der Vater des Attentäters von Hanau ist in der vergangenen Woche vorübergehend in Gewahrsam genommen worden. Er hatte sich zuvor der Mutter eines Opfers des Anschlags genähert – obwohl er das nicht darf.

Der Vater des Attentäters von Hanau ist am vergangenen Mittwoch vorübergehend in Gewahrsam genommen worden. Das hat die Polizei dem hr am Dienstag bestätigt. Demnach hat sich Hans-Gerd R. trotz eines Annäherungsverbots wiederholt vor dem Haus von Serpil Unvar, der Mutter eines Opfers des Anschlags, aufgehalten. Er habe schließlich eine Nacht in einer

Arrestzelle verbracht. Zuerst hatte die Frankfurter Rundschau darüber berichtet. Nur einen Tag später sei R. wieder im Stadtteil Kesselstadt aufgetaucht, sagte Serpil Unvar dem hr. Ihr Sohn Ferhat Unvar war beim rechtsextremistischen Anschlag von Hanau getötet worden. Wie Aufnahmen, die dem hr vorliegen, zeigen, ist R. in den vergangenen Monaten mehrfach vor Unvars Haus aufgetaucht. Im Oktober hatte Unvar deswegen Strafanzeige gestellt und ein zunächst 14-tägiges Näherungsverbot erwirkt. Auf Antrag von Unvar hat es das Hanauer Amtsgericht im vergangenen Jahr verlängert. Mittlerweile seien in 21 Fällen Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts von Verstößen gegen das Gewaltschutzgesetz eingeleitet worden, teilte die Staatsanwaltschaft Hanau am Dienstag der dpa mit. Zusätzlich liefen drei weitere Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte. Trotz des Näherungsverbotes für R. habe sie große Angst, sagte Unvar. Solange die Polizei vor Ort sei, sei „alles gut“. R. versuche aber jeden Tag, bei ihr vorbeizukommen. „Und leider kann niemand etwas machen.“ (hessenschau.de)

Kraftvolle Demo zum 13.12.

Am Abend des 13. Dezember zog eine kraftvolle Demonstration der Kampagne „Kein Einzelfall“ gegen rechte Strukturen in den Sicherheitsbehörden und das System Polizei durch die Frankfurter Innenstadt. Trotz Minusgraden, Wind und eisiger Kälte fanden sich etwa 550 Menschen zusammen, um das Datum mit einer Demonstration zu begehen. Um 17:30 Uhr sammelte sich die Demonstration am Willy-Brandt-Platz. Obwohl die Bullen bereits nach wenigen Metern verlaublich ließen, das Fronttransparent der Demo stelle eine Straftat dar (angeblich sei dies sogar bereits von der Staatsanwaltschaft ebenso gewürdigt worden), ließ sich die Demo nicht beirren und zog, untermalt von einigen bunten Funken, über den Mainkai und mit lauten Parolen am dort stattfindenden Weihnachtsmarkt vorbei. Ohnehin bleibt fraglich, welche Straftat die Bullen im Fronttransparent glaubten



entdeckt zu haben. Das Transparent zeigte ein Strichmännchen mit Molotov-Cocktail in der Hand und ein brennendes Polizeiauto. Die Demo zog anschließend vors Erste Polizeirevier, wo eine Zwischenkundgebung die rassistischen und menschenfeindlichen Zustände in den Frankfurter Polizeibehörden thematisierte.

Außerdem wurde ein Grußwort der „Antifa bleibt“-Kampagne aus Braunschweig verlesen. Auch wenn immer mehr Polizei und BFE-Bullen am Rande der Demo zusammengezogen wurde, lief diese unbeirrt weiter zum Alfred-Brehm-Platz, wo sie sich nach weiteren Redebeiträgen auflöste.

Dokumentation

3.11. Erik Ahrens besucht!

Gestern Nacht haben wir den Rechten Erik Ahrens, Mitgründer der sogenannten „Gegenuni“ besucht. Die „Gegenuni“ ist ein neurechtes Projekt aus dem Umfeld der „Identitären Bewegung“ und veranstaltet Onlineseminare zu verschiedenen Themen im Bereich der rassistischen und faschistischen Ideologie.

Wir schönerten die Fassade mit Farbe und hinterließen Buttersäure auf seinem Balkon.

Erik Ahrens wohnt in einem Mehrparteienhaus im 1. Obergeschoss auf der rechten Seite mit der Adresse: In den Wiesen 3, in Hattersheim am Main.

Rechte haben Namen und Adressen! Rechten entgegentreten auf allen Ebenen mit allen Mitteln!

Einige Autonome

11.11. Polizeiwache mit Farbe angegriffen

Wir haben heute Nacht das besetzte 16. Polizeirevier in Frankfurt-Griesheim mit Farbe eingedeckt.

Warum?

Im Jahre 2022 braucht es eigentlich keine Erklärung mehr, warum wir die Bullen angreifen. Morde, Racial Profiling, grassierende Repression und ständig auftauchende Nazichats sind alles keine Neuigkeiten mehr für uns. Und genau

das ist der Grund, aus dem wir jetzt nicht mehr stillsitzen wollen. Wir müssen der Abstumpfung, die aus dem Dauerbeschuss mit Berichten von Bullengewalt entsteht, entgegentreten. Wir sehen den Angriff als Ausweg aus der lähmenden Spirale aus Verzweiflung und Resignation.

Gruß und Kuss an Alle, die gerade gegen die Bullen kämpfen, auf welche Weise auch immer. Hoffentlich inspiriert die Aktion ein paar mehr von Euch, eurer Wut und eurem Schmerz Luft zu machen!

Mörder

Andauernd hören wir Nachrichten von Leuten, die von den Bullen verletzt und getötet werden. Die Opfer sind oft PoC und migrantisierte Menschen, arme Leute und Menschen in anderen Notlagen. Die Bullen sind eine faktische Gefahr auf der Straße und sorgen für Unsicherheit und Angst. Wir können es schon lange nicht mehr ertragen!

Wir denken an alle getöteten mit Schmerz und mit Wut!

Das, was kommt...

Die Schweine schützen nichts außer dem Kapital. Sie sind da, um Zwangsräumungen zu vollstrecken, Leute, die ihr Essen klauen müssen in den Knast zu bringen, Obdachlose von warmen Orten zu vertreiben und oftmals gezielt PoC und migrantisierte Menschen zu terrorisieren. Schon jetzt passiert das immer wieder mit

brutaler Gewalt bis hin zum Mord! Was wird erst passieren, wenn die Preissteigerungen immer mehr Menschen soweit in die Krise treiben, dass sie die beschissenen Regeln dieser Gesellschaft nicht mehr einhalten können oder wollen? Wenn immer mehr Leute ihre Wohnungen nicht zahlen können oder sich eben ihr Essen zusammenklauen?

Lasst es nicht erst dazu kommen! Lasst uns schon vorher deutlich machen, dass es an der Zeit ist, dass sich die Bullen nicht mehr sicher fühlen. Die Aktion war ein kleiner Beitrag dazu und wir hoffen, dass es nur ein Anfang ist!

Wir senden Grüße an alle Gefangenen und die mit 129(a) Verfahren Bekämpften mit dem Versprechen, dass wir euch nicht alleine lassen werden.

Freiheit für Lina, Dy und Jo!

Besuch bei Pierre Krebs

Am Samstag den 10. Dezember soll der Neonazi Pierre Krebs bei dem Netzwerktag der NPD-Zeitung Deutsche Stimme in Brandenburg auftreten. Wir haben seinem Haus in der nordhessischen Provinz vorher einen Besuch abgestattet.

In der Nacht vom 08. auf den 09. Dezember haben wir der Fassade von Krebs Haus einen neuen Anstrich verpasst und sein Auto beschädigt. Er wohnt am Ortsrand von Bad Emstal an der Adresse Bergcafe

48. Krebs ist seit den 1960er Jahren ein faschistischer Aktivist – erst in Frankreich und nach seiner Immigration seit mittlerweile mehreren Jahrzehnten in Deutschland.

1980 gründete Pierre Krebs das Thule Seminar als Ableger des neurechten Instituts Nouvelle Droite aus Frankreich. Die selbsternannte Ideenschmiede zur „Neuordnung aller europäischen Völker“ konnte allerdings von Beginn an ihrem Anspruch als Institut in keiner Weise gerecht werden. Seitdem führte der Weg über die Jahre hinweg kontinuierlich in den Neonazismus und die Bedeutungslosigkeit. Formell existiert das Thule Seminar noch, kann aber jenseits des überalternden Vorstand bestehend aus Krebs, Gudrun Schwarz (Bad Wildungen) und Burkhard Weecke (Horn-Bad Meinberg) fast keine Aktivitäten mehr entfalten. Für Krebs bleibt daher das Schreiben mehr oder weniger wirrer Kommentare auf der eigenen Homepage sowie die Betätigung als Wanderprediger der Naziszene.

In diesem Kontext ist auch sein Auftritt auf dem Netzwerktreffen der Deutschen Stimme zu verstehen: fehlt noch ein Platz auf der Rednerliste, wird Pierre Krebs gefragt. Nichtsdestotrotz trat Krebs in den letzten Monaten auch wieder auf regionalen Naziveranstaltungen des Dritten Wegs in Nordhessen auf und wohnt zweifelsohne schon zu lange unbescholten in Bad Emstal.

Dies gilt es zu ändern. Ob neue oder alte Rechte, FaschistInnen angreifen!

Angriff auf türkischen faschistischen Verein

Racheaktion für Paris in Offenbach a.M.
Racheaktion für die Ermordeten Genossin und Genossen in Paris

In der Nacht vom 23.12. auf den 24.12. führten kurdische und internationalistische Jugendliche eine Racheaktion auf einen türkisch-faschistischen Verein in Offenbach durch. Der Verein „Verein zur Förderung des Gedankenguts Atatürks“ ist Teil des bundesweiten Netzwerkes von türkischen Faschisten, die den grauen Wölfen und der Regierungspartei MHP nahe stehen.

Die InternationalistInnen sagen zu ihrer Aktion:

„Wir haben den Eingang des Vereins markiert und die Scheiben eingeschmissen. Das heutige Attentat in Paris, fast genau 10 Jahre nach der Ermordung unserer Genossinnen und Vorreiterinnen Sakine Cansiz, Fidan Dogan und Leyla Seylemez durch den türkischen Geheimdienst MIT, ist kein Zufall. Heute hätte im Verein ein Treffen stattfinden sollen, um das Gedenken an die Gefallenen Freundinnen vorzubereiten. Stattdessen suchte sie der – aus Ankara entsendete – Tod ein. Wir

gedenken der tapferen Freundin und den tapferen Freunden Evin Goyi, Abdurrahman Kizil und Mir Perwer.

Türkische Faschisten fühlen sich überall in der BRD und in Europa sicher – aber seid gewarnt: Eure grausamen Morde und hinterhältigen Attacken werden nicht unbeantwortet bleiben. Wir kennen die Adressen eurer Vereine und die Kennzeichen eurer Autos.

Wir rufen alle Jugendliche weltweit – aber vor Allem in der BRD – dazu auf, den Angriff auf die Revolution zu verteidigen. Wir befinden uns mitten im dritten Weltkrieg. Während es uns in Europa immernoch schwerfällt, diese Realität zu begreifen, so leben die Völker des Mittleren Ostens bereits seit Jahrzehnten diese grausame Realität. Die Welt befindet sich im Umbruch, und es gilt an uns, Alternativen zu Faschismus und Imperialismus aufzuzeigen – es liegt an uns, die Revolution aufzubauen und zu verteidigen!

Beteiligt euch an Aktionen, geht mit uns auf die Straße und greift den türkischen Faschismus und seine westlichen Kollaborateure von allen Flanken an!

Solidarische Kritik zur Aktion „Vandalismus gegen Nazi-Gedenken“

In der letzten Swing wurde eine Erklärung zu einer Aktion gegen ein Krieger-Ehrenmal auf dem Frankfurter Hauptfriedhof veröffentlicht („Vandalismus gegen Nazi-Gedenken“).

Ich möchte hier eine kurze solidarische Kritik formulieren. Krieger-Ehrenmale symbolisieren eine nationalistische und heroisierende Form der Trauer. Sie sind Ausdruck einer revanchistischen und militaristischen Kultur und stehen für eine Erinnerungspolitik, die bestenfalls alle Opfer über einen Kamm schert und damit die Auseinandersetzung um die Verantwortung für Krieg und Shoah verhindert. Mehr als genug Gründe, um von diesen Denkmälern angewidert zu sein.

Trotzdem entbindet das uns Antifas nicht davon, die Kritik zielgenau zu formulieren. Den Volksbund Deutsche

Kriegsgräberfürsorge wie in der Erklärung geschehen als „Fascho-Verein“ zu bezeichnen ist Schwachsinn und auch bei aller sonst notwendigen Vereinfachung falsch. Zweifellos hat sich der Volksbund während des NS-Zeit ganz in den Dienst der nationalsozialistischen Heldenehrung gestellt. Nach dem Zweiten Weltkrieg ist eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit als Teil der kriegsvorbereitenden Propaganda des Nationalsozialismus in der Nachkriegsgeneration des Volksbunds weitgehend ausgeblieben. Der Verein hat noch bis in die 1960er Jahre – wie die konservative Mehrheitsgesellschaft – Soldaten heroisiert, den Zweiten Weltkrieg als Verteidigungskrieg dargestellt und anderen Opfergruppen noch lange die gleiche Anerkennung wie Soldaten verweigert. Zudem tut sich der Volksbund schwer, Täter und Opfer zu differenzieren und klar zu benennen (nach

der Logik „alles Kriegsoffer“ und „vor dem Tod sind alle gleich“). Die für einen „Fascho-Verein“ notwendige faschistische Programmatik und Ideologie ist allerdings nicht zu finden. Der Wahrheit halber wäre auch zu erwähnen, dass der Volksbund auch Gräber von KZ-Häftlingen und Kriegsgefangenen pflegt. Das macht den Volksbund nicht zu einer sympathischen Organisation, aber jedenfalls nicht zu einem „Fascho-Verein“.

Viel gravierender ist die vage „Mahnung zum Frieden“ des Volksbunds, die ohne konkrete politische Forderungen auskommt und unterschiedslos „allen Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft“ gedenkt. Damit wird die Verantwortung für Krieg und Kriegstreiberei unsichtbar gemacht. Außerdem stützt der Volksbund einen Eckpfeiler des Militarismus, sozusagen die „Care-Arbeit“ des Militärs, sich um

gefallene Soldaten und deren trauernde Angehörige zu kümmern. Nicht umsonst pflegt die Bundeswehr eine enge Partnerschaft zum Volksbund.

Die Aktion wirkt außerdem aus der Zeit gefallen: für die „feministische Außenpolitik“ der Bundesregierung und die moderne deutsche Erinnerungspolitik, die notwendig war, um international das Bild Deutschlands aufzupolieren, sind die Krieger-Ehrenmale inzwischen selbst eine lästige Hinterlassenschaft. Gleichzeitig haben wir dem neuen deutschen Militarismus – Stichwort „100 Milliarden-Paket für die Bundeswehr“ – nichts entgegensetzen, die Zahl anti-militaristischer Aktivitäten hierzulande ist beschämend gering. Die heutige deutsche Außenpolitik kommt ohne einen Traditionsbezug aus, im Gegenteil, den deutschen Machtambitionen ist dieser eher hinderlich. Die deutsche Außen- und Wirtschaftspolitik erreicht ihre Ziele heute besser ohne Geschichtsrevisionismus.

Konservativen und revisionistischen Arschlöchern ans Bein zu pinkeln ist okay und macht Spaß – nichtsdestoweniger entbindet es nicht davon, eine die eigene Praxis genau zu begründen und das Ziel der Kritik zu überprüfen.

Solidarische Grüße!

Nachtrag und Video: Vandalismus gegen das Nazigedenken

Am 11. August 2022, wurde das geschichtsrevisionistische „Krieger-Ehrenmal“ im Hauptfriedhof – Frankfurt am Main – von Antifaschist*innen besucht und dekoriert. Bis heute ist dieses geschlossen und konnte nicht wieder in Stand gesetzt werden.

Reaktionen auf unsere Aktion blieben nicht aus, wenn auch leider überproportional von jenen, die kein Interesse an

einer echten Aufarbeitung der NS-Zeit in Deutschland haben. So verbreitete die FAZ kurz nach Veröffentlichung unseres Schreibens auf Indymedia (<https://de.indymedia.org/node/216130>) absichtlich Falschinformationen. Geschrieben stand dort unter anderem, das Denkmal sei nicht vom Volksbund erbaut worden. Was wir nie behaupteten. Unbestritten ist jedoch die spätere Umgestaltung und Finanzierung dessen durch den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.. Ursprünglich wurde es, wie die FAZ ganz richtig auf Wikipedia nachlesen konnte, für das Gedenken der gefallenen Soldaten im 1. Weltkrieg erbaut. Später wurden allerdings Inschriften zu Regimenten des 2. Weltkrieges, der auch SS-ler angehörig waren, ergänzt. Aber über Falschdarstellungen in der FAZ sind wir natürlich nicht sonderlich verwundert. Nur die Kommentare darunter haben uns dann doch etwas irritiert. Dort wurde dem „Komunistendreckspack“ – allseits beliebtes Feindbild – hohe Gefängnisstrafen oder schlimmeres gewünscht. Dabei dachten wir die Symbolik wäre deutlich genug... (ohne spalterisch zu sein) wir sind offensichtlich Anarchist*innen!

Auch der Volksbund rang sich schließlich zu einem Statement durch. Darin schreiben sie wie bestürzt sie doch über den „Farbanschlag“ waren – das freut uns sehr! Der Landesverband betonte zudem noch einmal seine Ablehnung von Gewalt, worunter nach ihrem Verständnis natürlich auch Sachbeschädigung fällt. Ein ganzer Artikel wurde unserem „Gewaltakt“ gewidmet. Von den SS-lern und Kriegsverbrechern die auch mit dem Denkmal geehrt werden ist darin natürlich keine Rede. Soviel zur Abscheu von Gewalt. Viel lieber betonen sie, dass sie sich dem Motto „gemeinsam für Frieden“ verpflichtet fühlen. Wir schlagen als ersten Schritt Richtung Friedensschaffung vor, dem frönen der widerwärtigsten aller Kriegstreibern ein Ende zu bereiten!

Anschließend macht uns der Volksbund ein Angebot zum Dialog über „Extremismus, Nationalismus, Rassismus und willkürliche Gewalt“. Dass mit keinem Wort das eigentliche Thema: Der eklatante Antisemitismus in der BRD und dement sprechende Kontinuitäten Erwähnung finden, sagt für uns schon genug über den möglichen Erfolg der angebotenen Debatte aus. Das dem Volksbund nicht einmal nach unserer klaren Kritik am Umgang mit der Shoah das Wort Antisemitismus einfällt gibt einen deutlichen Einblick wie die „Workcamps, Begegnungs- und Bildungsstätten sowie vielfältigen Projekte im In- und Ausland“ gestaltet werden und wessen Geist sie entspringen.

Die Reaktionen auf unsere Aktion zeigen noch einmal deutlich: Widerständiger Antifaschismus ist und bleibt notwendig! Gegen die Kriminalisierung von Antifaschismus! Freiheit für alle Antifaschist*innen! Gegen den Geschichtsrevisionismus! Für eine Gesellschaft in der Kriegstreiber und Massenmörder als solche benannt und bekämpft werden!

Edit:

Zu unserem vorangegangenen Text hat uns auch solidarische Kritik von Gesonss*innen erreicht. Den „Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.“ als „Fascho-Verein“ zu bezeichnen wäre nicht trennscharf genug. Wir teilen diese Kritik und möchten bei aller Polemik differenzierter mit diesem Begriff umgehen. Dementsprechend korrigieren wir: Den Volksbund als Ganzes zum Fascho-Verein zu erklären ist unpassend. Klar ist jedoch, wem das Wort Antisemitismus nicht einmal nach deutlichster Kritik an deutscher Erinnerungskultur bzgl. der Shoah einfällt, wer Kriegsverbrecher und SS-Angehörige mit den Opfern des NS-Terrorregimes gleichsetzt, der betreibt Geschichtsrevisionismus, ist klar in der rechten Ecke zu verorten und ist somit zu bekämpfen

Berlin grüßt Athena

Kriegt raus, wo die Heime sind und die kinderreichen Familien und das Subproletariat und die proletarischen Frauen, die nur darauf warten, den Richtigen in die Fresse zu schlagen. Die werden die Führung übernehmen. Und lasst euch nicht schnappen und lernt von denen, wie man sich nicht schnappen lässt – die verstehen mehr davon als ihr. Die Klassenkämpfe entfalten. Das Proletariat organisieren. *Gudrun Ensslin – Die Rote Armee aufbauen, Juni 1970*

Das Geschrei ist groß, der kleinbürgerliche Mob tobt in den Netzwerken und Medien, Faschisten und Grüne in der Sache endlich vereint. Der Gesundheitsminister hat den permanenten Ausnahmezustand der Pandemie völlig verinnerlicht, wer Einsätze von Bullen und Feuerwehr behindert, soll gefälligst aus seiner Wohnung geworfen werden.

Jeder, der wissen wollte, wusste was passieren wird. Wer auf den Straßen dieser Stadt unterwegs ist, sich außerhalb seiner

Wohlfühlblase bewegt, sich mit den proletarischen Jugendlichen unterhält, wusste, dass die Nacht der Abrechnung gekommen war. Fast drei Jahre Pandemie Ausnahmezustand, überall Schikanen, Repression und Bullen, jetzt die nächste solidarische Anstrengung der Gesellschaft, alle haben Opfer für den gerechten Krieg aufzubringen. Da wo die Kohle am Monatsende eh nicht reicht, reicht sie nicht mal mehr für den halben Monat. Der alltägliche Rassismus der Bullen, die Armut, der du nur

entkommst, wenn du dir auf kreative Art und Weise dein Geld jenseits der bürgerlichen Spielregeln verdienst. Du bist der Abschaum der Gesellschaft, Bildungsfern hört sich eleganter an als asoziales Milieu, meint aber dasselbe.

Seit Tagen haben sich die Proleten mit Pyrotechnik eingedeckt, die Waffen der kleinen Leute, lange Schlangen vor den Verkaufsgeschäften, die klügsten waren jenseits der Grenzen, es muss schon richtig rumrennen, wenn die Bullen kommen. Schon 2 Tage vor Silvester die ersten Auseinandersetzungen mit den Bullen in Berlin, teilweise werden die mit brennenden Mülltonnen angelockt und dann aus taktisch klug gewählter Position angegriffen. Das Surplus Proletariat von Berlin studiert die Aktionen der französischen Banlieue. Teilweise auf Netflix. So sind die Zeiten geworden.

Dann die Nacht der Nächte, die Lust am Exzess, der all den Linken und selbsternannten Anarchisten fremd, unheimlich geworden ist, weil sie nur noch ihre Neurosen pflegen, indem sie versuchen alles zu kontrollieren, ihr Denken, ihre Sprache, ihre Gefühle. Sich selbst ihr eigener Bulle geworden sind. Überall Kadavergehorsam, nur noch die hohlen, immer gleichen Phrasen nachplappern. So anders das Leben in den rauen Ecken der Stadt. Unmittelbar, verletzend, irritierend, schillernd und tiefstes Schwarz. Aber Leben. Echtes Leben. Seit Tagen wurde im Netz dazu aufgerufen, zu Silvester zur Sanderstraße in Neukölln zu kommen, seit 3 Jahren liefert sich hier das Surplus Proletariat des Viertels Kämpfe mit den Bullen. Selbst 2020, als in Berlin jede Ansammlung von mehr als 3 Personen auf der Straße verboten war und alle Kneipen und Spätis geschlossen, die Tanken nur Treibstoff verkaufen durften, hatten sie eine ganze Stunde die Bullen so mit Pyrotechnik eingedeckt, dass die einfach nicht in die Straße vorstoßen konnten. Der eine oder andere Molotow, ein Stilmittel, dass eine ganze Generation von pseudomilitanten linksradikalen Aktivisten nur noch vom Hörensagen kennt, fand seine Ausdrucksform.

Nun also auf die Sekunde pünktlich wie angekündigt, erleuchtet um 23:30 Uhr ein gigantisches Feuerwerk die Sanderstraße, da wo sie auf den Kottbusser Damm stößt, spiegelt sich im Lack der bereitstehenden Wannen. Die Bullen versuchen einen ersten Vorstoß, sogar Schilde tauchen wieder aus der Versenkung aus, sie kommen keine 10 Meter weit in die Sanderstraße, eine Viertelstunde lang ist die ganze Straße in Feuerwerk gehüllt, überall rumst es, fliegen Leuchtkörper wild durch die Gegend. Die Bullen ändern ihre Taktik, sitzen wie-

der auf und brettern mit ihren Fahrzeugen los, erobern eine Straßenecke, stehen dann hilflos an der Kreuzung, das Surplus Proletariat ist längst ausgewichen, schickt von einer anderen Straßenecke Pyrotechnik in Richtung Bullen. So geht es eine gute halbe Stunde hin und her, irgendwann stehen die Bullen wieder am Kottbusser Damm. Dann sammelt es sich in der Sanderstraße, es wird Yalla gerufen, ein geschlossener Angriff auf die Bullen, die sitzen auf und flüchten in die Nacht. Die Straße gehört der Jugend. Jubel und Geschrei, ein faschistischer Kleinbürger wirft von seinem Balkon aus Flaschen auf die Jugendlichen, wähnt sich sicher da oben sich im vierten Stock, posiert auf dem Balkon, bis er unter Pyro Beschuss schlagartig in seine Wohnung flüchtet. Von überall her werden Mülltonnen heran geschleppt, die Sanderstraße wird zum Kottbusser Damm hin verbarrikadiert, bald brennt ein großes Feuer, immer wieder rumst es ohrenbetäubend, wenn größere Böller ins Feuer geworfen werden. Leute tauchen mit Feuerlöscher auf, wahrscheinlich im nahegelegenen U-Bahnhof sozialisiert, sprühen das Pulver in die Luft, es ist ein wilder Kriegstanz. Eine Stunde lang haben die Leute sich ihre proletarische temporäre autonome Zone geschaffen, überall glückliche, euphorische Gesichter, auch bei den meisten Anwohnern.

Dann kommen die schlechten Verlierer zurück, mit großen Besteck, Wasserwerfer und ihre beste Einsatzhundertschaft haben sie herangekarrt, die Bullenpräsidentin ist selber nach Neukölln geeilt, mit ihrem Führungsstab steht sie am nahegelegenen Hermannplatz, Ratlosigkeit in den Gesichtern, eine der kampferprobtesten Polizeien Europas vorgeführt von ein paar Dutzend Jugendlichen. Mit Ansage. Unterdessen knallt es auch an vielen anderen Ecken von Berlin, in vielen proletarischen Vierteln kommt es zu gezielten Angriffen auf die Bullen. Gesundbrunnen, Gropiusstadt, Hermannstraße, Sonnenallee,... weit nach Mitternacht bauen 50 Leute Barrikaden auf der Huttenstraße in Moabit und setzen diese in Brand, in der Urbanstraße werden ebenfalls brennende Barrikaden errichtet, auch in der Brunnenstraße in Mitte werden Barrikaden gebaut. Und das ist nur eine sehr unvollständige Aufzählung, die Bullen selber sprechen von sich über das gesamte Stadtgebiet erstreckenden Aktionen, in einigen Fällen waren auch Molotows im Spiel.

Seit Jahrzehnten hat es in Berlin nicht mehr so gerumst wie dieses Silvester. Es war eine Eskalation mit Ansage. Und sie ist zutiefst politisch. Der Witz ist, dass die sich politisch verstehenden linksradikalen

Akteure dieser Stadt, die im gesamten Jahr 2022 nicht eine widerständige Massenaktion auf die Reihe bekommen haben, mit diesem Geschehen absolut nichts mehr zu tun haben. Im Dezember 2022 veröffentlichten Menschen und Zusammenhänge aus mehreren deutschen Städten eine Erklärung, in der sie schrieben: „Es geht darum, sich zu organisieren, einen Neuanfang zu wagen. Dabei geht es uns weniger um die nächste Organisation, die Struktur, Ansprechbarkeit, Vermittlung und andere Schlagwörter aus dem Management bemüht, sondern darum, die Unversöhnlichkeit mit den bestehenden Verhältnissen in Theorie und Praxis zu organisieren und das jenseits alter Gewissheiten... Wir wissen, dass auch andere Menschen in diese Richtung denken und handeln. Deswegen sind wir uns gewiss, dass sich unsere Wege früher oder später kreuzen werden.“

Ja, es ist wirklich überfällig, dass sich ein neuer klassenbezogener gesellschaftlicher Antagonismus organisiert und sich die theoretischen und praktischen Mittel aneignet, um in die bestehenden Verhältnisse intervenieren zu können. Das Surplus Proletariat braucht uns nicht, aber wir brauchen einen sozialen Bezugspunkt, wenn wir mehr sein wollen als ein Haufen verlorener Seelen.

Sebastian Lotzer aus dem Nebel des Feuerwerks der Nacht des 1. Januars 2023

Impressum

V.i.S.d.P.:

Adieu Ronny
Bewegung 26
01975 Berlin (West)

Post an:

ExZess
Stichwort *swing*
Leipziger Straße 91, 60487 Frankfurt

Infoladen Hanau
Stichwort *swing*
Metzgerstraße 8, 63450 Hanau

DOKU, c/o politisch kultureller
Treffpunkt
Kranichsteiner Straße 81
64289 Darmstadt

Chronik

20.09. Im südhessischen Bad König muss der CDU Stadtverordnete Marc König nach einer rassistischen und frauen-verachtenden Rede auf der Dorf-Kerb zurücktreten. Bei seiner in hessischem Dialekt vermeintlich witzig gehaltenen Rede hatte er u.a. über Schwangere und Kopftuchgeschwader in der Fußgängerzone hergezogen. Nicht verschwiegen werden sollte dabei, dass er dafür teils frenetischen Applaus aus dem Publikum bekam. Eben mittendrin in der Gesellschaft.

20.09. In Offenbach werden im Bereich Odenwaldring Nazisprüche und Hakenkreuze geschmiert.

23.09. Beim Klimastreik von Fridays for Future gehen in Frankfurt einige Tausend Leute auf die Straße. Gut zu sehen, dass auch die nächsten Generationen von Kids noch interessiert an dem Thema sind. In Darmstadt gab es zu gleichem Anlass übrigens noch eine symbolische Schulbesetzung des Ludwig Georgs Gymnasiums.

24.09. Und wenn wir schon beim Klima sind; viele ahnten es ja schon und jetzt wird es auch noch fundiert, die reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung verursachen etwa die Hälfte der weltweiten Emissionen! An der Ecole d'Economie in Paris baut ein Team von Forschenden seit 10 Jahren eine Datenbank zur weltweiten Ungleichheit auf. Die „World Inequality Database“ bestätigt dabei die soziale Ungleichheit bei den Verantwortlichen von Treibhausgasen. Luxusjachten, Flugzeuge, SUVs und riesige Villen kennen halt den Begriff ökologisch nicht.

28.09. Vor 37 Jahren, 1985 wurde der Antifaschist Günther Sare während Protesten gegen eine NPD Versammlung im Bürgerhaus Gallus von einem Wasserwerferfahrer der Frankfurter Bullen überfahren und ermordet! Leider war in der letzten Ausgabe das Datum fälschlich in den Juli gerutscht, sorry dafür!

30.09. In einer Straßenbahn in Darmstadt provoziert ein 52-jähriger mit Hitlergruß und „sieg heil“ Gesülze.

01.10. In der Frankfurter Stiftstraße protestieren gut 100 Leute vor der Mainova-Servicestelle gegen unsoziale Preispolitiken bei den Energiekosten. Aufgerufen hatte „Ebbe langts“, die mit ihrer Kritik zwar die Gewinnorientierung aller Energiekonzerne anprangerte, aber speziell auf

die soziale Verantwortung eines städtischen Konzerns wie Mainova einging.

01.10. In der Frankfurter City demonstrieren mehr als 3000 Menschen solidarisch mit den Protesten im Iran.

04.10. Wieder größere Demo in Frankfurt gegen das Mullah Regime im Iran, diesmal sogar mehr als 4000 Leute.

07.10. Eine gute Idee hatte ein 24-jähriger, als er ans iranischen Generalkonsulat in der Frankfurter Raimundstraße eine Protestparole sprühte. Leider tat er das genau unter den Augen einer Bullenstreife die diesen Akt der Solidarität mit seiner Festnahme unterbrach. Beim nächsten Mal – besser machen!

08.10. Gut 300 Leute demonstrieren im Frankfurter Riederwald gegen den Bau des Riederwaldtunnels der Autobahn 661. Aber auch andere Verkehrsprojekte werden angeprangert, wie etwa der Ausbau der A5 von acht auf zehn Fahrspuren.

14.10. Die Polizei, dein Freund und Helfer, und sensibel wie immer, in diesem Fall die Bundespolizei am Frankfurter Flughafen. Dem Direktor der afrikanischen Gesundheitsbehörde CDC, auf dem Weg zur WHO Gesundheitskonferenz in Berlin, wird von den Frankfurter Bullen illegale Einreise unterstellt, das sei nämlich die übliche Vorgehensweise bei Einreisenden aus afrikanischen Ländern. Dumm halt wenn die Schergen nicht wissen, wenn sie an Mächtige geraten, danach dann viele Entschuldigungen und Buckeleien.

15.10. In Frankfurt-Niederrad wird ein 53-jähriger Nazi festgenommen, der vor einem Supermarkt in der Bruchfeldstraße mit einer Gaspistole rumfuchtelte. SS Tattoos auf seinen Armen machten das alles nicht besser.

22.10. In Frankfurt demonstrieren etwa 4000 Leute für einen „Solidarischen Herbst“ und echte Umverteilung. Aufgerufen hatte dazu ein breites Bündnis von Gewerkschaften und Sozialverbänden. Mal ein Versuch den Protest gegen die Krise nicht nur den Rechten und Querdenkenspinnern zu überlassen.

25.10. Spontandemo in Frankfurt Bockenheim gegen die Giftgasangriffe der türkischen Armee in Kurdistan mit gut 60 Leuten.

26.10. In Oberursel Stierstadt werden an der Gesamtschule mehrere Naziparolen geschmiert.

27.10. Der für die Öffentlichkeit gesperrte Bericht des hessischen Verfassungsschutz zur NSU Nazitruppe, wird geleakt und im Internet veröffentlicht.

27.10. Das iranische Konsulat in Frankfurt wird am Morgen für gut eine Stunde blockiert. Die etwa 30 Leute werden dabei immer wieder von den anwesenden Bullen drangsaliert und später auch kontrolliert.

28.10. In Wiesbaden jammern die dortigen AfD-Nazis über vermeintliche Sachbeschädigungen, so sei das Auto des Landesvorstandsmitglieds Sonja Nilz in Brand gesteckt worden und das Auto des Landtagsabgeordneten Volker Richter mit Bitumen beschädigt worden.

28.07. Am Frankfurter Amtsgericht mal wieder ein Verfahren gegen den Frankfurter Nazi Horst S., der seit 2004 die „linksgrünversiffte Gesellschaft“ mit Hassbriefen belästigt. Der pensionierte Lehrer wurde bereits in Dutzenden Fällen zu Strafen verurteilt, diesmal warten 60 Tagessätze a 75 Euro auf ihn.

29.10. In Frankfurt finden zum wiederholten Male die 40-tägige Kundgebung christlicher Fundamentalisten vor der Beratungsstelle von Pro Familia statt. Mittlerweile findet die Hetzveranstaltung sogar 2-mal jährlich statt. Heute immerhin mal eine Solidaritätskundgebung mit den Mitarbeitenden von Pro Familia, gut 30 Leute zeigen Flagge (wenn auch die der Grünen) gegen religiösen Stumpfsinn! Die durchgehend singenden und betenden Fanatiker waren davon aber leider auch nicht zu beeindrucken.

02.11. In Frankfurt-Nieder-Erlenbach werden Hakenkreuz Schmierereien entdeckt.

03.11. Wenn ihr in den letzten 30 Jahren mal Probleme mit hessischen Gerichten hattet und dabei ein psychiatrisches Gutachten gegen euch erstellt wurde, solltet ihr vielleicht mal nachsehen ob der Gutachter Dr. Klaus Maurer hieß. Der Berliner Psychodoktor und seit mehr als 10 Jahren offen praktizierender Reichsbürger wurde nämlich in mehr als 2000 Fällen von den hessischen Gerichten für Gutachten bezahlt. Das mag zwar für einen Reichsbürger ein Widerspruch sein, aber was ist mit

den Leuten, die Opfer der Gutachten eines durchgeknallten Reichsnazi sind?

17.11. Der Berliner Alexander Mensch wird als Absender der NSU 2.0 Serie vom Frankfurter Landgericht zu fünf Jahren und zehn Monaten Knast verknackt.

20.11. An einer Demo der kurdischen Bewegung in der Frankfurter City gegen die türkischen Angriffe auf Rojava beteiligen sich knapp 500 Leute. Abends gibt es noch eine kleine Farbaktion gegen das örtliche SPD Büro, „SPD und Erdogan – Hand in Hand morden in Kurdistan!“

22.11. In Frankfurt Höchst demonstrieren abends gut 20 Leute in einer Spontandemo für Solidarität mit Rojava.

23.11. Vermutlich wesentlich weniger Strafe dürfte wohl der ehemalige Frankfurter Oberstaatsanwalt Alexander Badle bekommen. Wir hatten ja schon mehrfach um das skurrile Treiben Badles geschrieben, nun sein Prozess beginnt am 13. Januar 2023, aber da ja bekanntlich eine Krähe der anderen kein Auge aushackt. Dabei liefert diese Story wahrlich genug Material für eine Tatort-Folge am Sonntag.

23.11. Auch eine gute Idee hatten Leute der „Letzten Generation“, die die Fassade des DFB Campus in Frankfurt Niederrad mit Farbe besprühten. „Schwarz wie das Öl, das Deutschland von blutigen Regimen einkauft“. Leider haben sich auch hier wieder zwei Leute festnehmen lassen, aber das gehört bei „LG“ ja leider zum Setting.

23.11. Im südhessischen Büttelborn gibt es bei einer Informationsveranstaltung zur Lagerung des AKW Biblis Mülls massiven Protest gegen die Atomkraftlobby und lustigerweise, stellvertretend für diese gegen die Grüne Umweltministerin Priska Hinz. In Büttelborn soll auf der dortigen Mülldeponie schwachstrahlender Bauschutt, der beim kommenden Rückbau des AKW Biblis anfällt eingelagert werden. Und, Überraschung, es gibt keine wirkliche Lösung wohin mit dem Atommüll! So tummeln sich im Protestpublikum viele alte Anti-AKW Aktive, aber auch viele „der Müll soll nicht vor MEINE Tür-Bürger“. Das Volkshaus Büttelborn war jedenfalls am Beben an diesem Abend, Trillerpfeifen schrillen das verharmlosende Gebrabbel von der Bühne nieder, und das ausgerechnet die Grünen den Leuten Atommüll vor die Haustür schicken wollen, kommt gar nicht gut an. Das bleibt wohl spannend.

24.11. Vor dem Schwimmbad in Frankfurt-Hausen bedrängt ein Mitte 50 jähr-

riger Mann eine Frau auf ihrem Fahrrad und beschimpft sie rassistisch. Erst als Umstehende einschreiten flieht er.

25.11. Im letzten Jahr wurden in Hessen 10 410 Fälle häuslicher Gewalt registriert. In Frankfurt allein haben 1297 Frauen und Mädchen häusliche Gewalt zur Anzeige gebracht. 564 haben Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung fünf versucht Femizide gemeldet! Dunkelziffer unbekannt!

04.12. Im Frankfurter Dornbusch wird ein 29-jähriger festgenommen, der im Aldi an der Raimundstraße zwei Männer rassistisch beschimpft und bedroht hatte.

06.12. Ein Versuch der studentischen Selbstbestimmung an der Frankfurter Uni wird vom Präsidium der Goethe Uni mit einer polizeilichen Räumung beendet. Etwa 60 Leute hatten versucht im Rahmen der internationalen Aktionswoche „End Fossil – Occupy“ den großen Hörsaal HRZ1 für eine Woche zu besetzen, um dort Veranstaltungen und einen Treffpunkt zu gestalten.

06.12. In Leun (Lahn-Dill Kreis) verhindert ein Polizeieinsatz ein Nazikonzert. Gut 50 Nazis befanden sich vor Ort.

07.12. Bei einer medial groß angelegten Razzia gegen die Reichsbürgerszene werden auch mehrere Personen in Hessen festgenommen.

10.12. Vor dem iranischen Konsulat in Frankfurt gibt es eine Dauermahnwache und einen Hungerstreik, an dem sich bis zu acht Menschen beteiligen. Phasenweise entstand ein kleines Zeltcamp, in dem Hungerstreikenden übernachteten.

13.12. ein guter Demotermin!

16.12. Das Frankfurter Amtsgericht verknackt einen 45-jährigen Knastbullen wegen Körperverletzung im Amt zu einer Bewährungsstrafe von acht Monaten und einer Geldstrafe von 3000€. Der Knastbulle hatte einen gefesselten Untersuchungshäftling mehrfach ins Gesicht geschlagen und mit dem Knie gestoßen. Verurteilt wurde er allerdings nur, weil auch zwei seiner Kollegen über den Vorfall einen Bericht verfasst hatten.

20.12. In Hessen besitzen noch mindestens 47 Reichsbürger eine Waffenerlaubnis. Davon 27 mit der Waffenbesitzkarte zum Besitz von scharfen Schusswaffen und weitere 20 mit einem kleinen Waffenschein.

30.12. Es rumort im Frankfurter Riederwald. Grund: Neue Nachbarn, die keine*r will. Im Ladenlokal Am Erlenbruch 94 möchte der „Lebensglück e.V.“, Tarnorganisation des „Königreichs Deutschland“, an Silvester ein eigenes Ladenprojekt eröffnen. Das Ladenlokal, das zuvor das chinesische Restaurant „Sonnenblume“ beherbergte, wird bereits seit etwa 6–8 Wochen regelmäßig genutzt. Tagsüber sind oft mehrere Personen aus der Reichsbürger-Szene anwesend und bilden sich auch via TikTok und Instagram dort ab. Initiator des Ladens ist der in Frankfurt-Seckbach wohnhafte David Ekwe-Ebobisse. Er ist u.a. Vegan-Guru, Rohkostfanatiker, Sozialdarwinist, Reichsbürger, Holocaust-Relativierer und Corona-Leugner. Außerdem sind noch einige weitere Protagonisten des „Königreichs Deutschland“ (KRD) dabei: Darunter Jens Becker oder Mathias Blaul (als 2. Vorsitzender des Vereins „Lebensglück e.V.“). Nach massiven Protesten aus der Nachbarschaft, hat die Vermieterin ABG jetzt zwar eine Kündigung ausgesprochen, aber es bleibt abzuwarten ob und wann die Nazis den Laden verlassen.

Gestorben:

Leider ist jüngst Ronny Fritsch gestorben, einer der trotz aller Widrigkeiten im Kampf seine Ideale nicht vergessen hatte. Über Ronnys Erfahrungen als Haschrebell, Aktivist der Bewegung 2. Juni, zur Entführung des regierenden Oberbürgermeisters von Berlin, im Prozess sowie seiner Zeit im Knast u.a.m., könnt ihr ihr nachlesen: Die Bewegung 2. Juni. Gespräche über Haschrebell, Lorenzentführung, Knast. Berlin/Amsterdam 1995. Gibt es in jedem gut sortierten Infoladen oder online unter www.nadir.org/nadir/archiv/PolitischeStroemungen/Stadtguerilla+RAF/2_juni/

Ronny, möge die Erde dir leicht sein!

Versammlungsgesetz: Neue Regeln für Demonstrationen

Die hessische Landesregierung bringt ein eigenes Versammlungsgesetz des Landes auf den Weg. Die Opposition kündigt an, auf den Schutz des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit achten zu wollen.

Hessen soll erstmals ein eigenes Versammlungsgesetz bekommen. CDU und Grüne haben den Entwurf eines „Hessischen Versammlungsfreiheitsgesetzes“ vorgelegt, der am Dienstag zum ersten Mal im Landtag diskutiert wurde und das bislang in Hessen geltende Versammlungsgesetz des Bundes ablösen soll. Seit der Föderalismusreform 2006 können die Bundesländer eigene Gesetze zur Regelung von Demonstrationen und Kundgebungen erlassen, einige Länder haben das bereits getan.

Man lege ein „modernes und wegweisendes Gesetz“ vor und verfolge das Ziel, „die friedliche Demonstrationskultur in Hessen zu fördern“, sagte Innenminister Peter Beuth (CDU) bei der Vorstellung des Regelwerks. Die Versammlungsfreiheit sei ein im Grundgesetz verbrieftes Grundrecht und unentbehrlich für die Demokratie, betonte Beuth. Zugleich müsse man Radikalen entgegentreten, die dieses Recht missbrauchen und „unter dem Deckmantel der Versammlungsfreiheit“ Straftaten verüben wollten.

Hessen: Das neue Gesetz beinhaltet ein Uniformverbot, das auch auf Linke zielt

Der Gesetzestext nimmt zentrale Urteile des Bundesverfassungsgerichts auf und betont das Recht der Bürger:innen, sich jederzeit und ohne Erlaubnis friedlich zu versammeln. Zugleich räumt der Entwurf der Polizei das Recht ein, Vorabkontrollen vorzunehmen, wenn es Anhaltspunkte für eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit gibt. Außerdem darf die Polizei Demonstrationen von oben filmen und diese Aufnahmen teils auch speichern. Zudem enthält der Entwurf ein Uniform- und Militanzverbot, das auf paramilitärisch aufmarschierende Neonazis, explizit aber auch auf sogenannte Blöcke auf linksradikalen Demonstrationen zielt. Zugleich enthält das Gesetz ein Verbot, sich auf Demos zu verummnen oder sogenannte Schutzausrüstung mitzuführen, die polizeiliche Eingriffe erschweren könnte.

Die Opposition im Landtag kündigte an, den Gesetzesentwurf im Innenausschuss kritisch begleiten zu wollen. Die Freiheit, sich zu versammeln, sei ein „elementares Grundrecht der Demokratie“, man werde den Entwurf daher „sehr kritisch“ lesen, sagte die SPD-Abgeordnete Heike Hofmann. Das Bundesverfassungsgericht habe behördlichen Eingriffen in die Demonstrationsfreiheit immer wieder enge Grenzen gesetzt, betonte Hofmann, „und das ist auch gut so“.

Hessen: Von der Linkspartei heißt es, der Gesetzentwurf sei „vergeigt“

Der Linken-Politiker Ulrich Wilken legte sich bereits darauf fest, Schwarz-Grün habe die Chance auf ein modernes Versammlungsrecht mit dem vorgelegten Entwurf „vergeigt“. „Wir brauchen ein Gesetz, dass zum Versammeln einlädt, anstatt abzuschrecken“, forderte Wilken. Wenn die Polizei Demos mit Drohnen von oben filme, geschehe aber genau das Gegenteil.

Der FDP-Abgeordnete Stefan Müller sagte, der Entwurf der Landesregierung sei eine gute Grundlage für die kommenden Beratungen. Hessen bekomme jetzt die Chance, die Rechte und Pflichten von Demonstrierenden, Versammlungsbehörden und Polizei transparent und praxisnah zu regeln. (Hanning Voigts)



Ausnahmsweise etwas Werbung in diesem Heft:

<https://billigfluegeathen.blackblogs.org/>

Bitte besuchen Sie die Webseite unserer Sponsoren.